Mittwoch, 29. August 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 202 - 35. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kindergeld: Für Jugendliche zwischen 18 und 21 Jahren, die keinen Arbeits- und Ausbildungsplatz haben, soll ab Januar wieder Kindergeld gezahlt werden. Eine entsprechende Änderung des Kindergeldgesetzes wurde gestern vom Kabinett gebilligt. (S. 8)

Rumänien: Staats- und Parteichef Ceausescu stattet der Bundesrepublik vom 15. bis 19. Oktober einen offiziellen Besuch ab. Er folgt einer Einladung des Bundespräsidenten. (S. 4)

Abgrenzung: Die rumänische Armee werde auch künftig nicht an Manövern außerhalb der eigenen Landesgrenzen teilnehmen, erklärte Generalstabschef Milea. Außerdem werde Rumänien keine fremden Soldaten auf seinem Territorium dulden. (S. 5)

Sorge in Madrid: Die verabredete Allianz zwischen Marokko und Libyen hat in Spanien und seinen Nordafrika-Enklaven Ceuta und Melilla Beunruhigung hervorgerufen. Spanien befürchtet eine Verschiebung des bisherigen strategischen Gleichgewichts zu seinen Ungunsten. (S. 4)

Moçambique: Zwischen der marxistischen Regierung und der rechtsgerichteten Guerrillaorganisation MNR gab es in Pretoria erste direkte Verhandlungen über ein Friedensabkommen.

Afghanistan: Die sowjetischen Besatzer haben einen neue Großoffensive gegen den Widerstand eingeleitet. 12 000 bis 14 000 Soldaten wurden zur Unterstützung afghanischer Regierungstruppen an die Grenze zu Pakistan verlegt und bedrohen die Nachschubrouten der Mudschaheddin. (S. 4)

Golf: Iran hat den Kriegsgegner Irak beschuldigt, an der Entführung eines iranischen Verkehrsflugzeugs durch zwei Luftpiraten beteiligt gewesen zu sein. Die Maschine landete gestern auf einem irakischen Militärflughafen, wo alle Passagiere freigelassen wurden. (S. 8)

Erzbischof: Israel verlangt von Portugal die Auslieferung des rumänischen Erzbischofs Trifa, dem Beteiligung an der Judenverfolgung im Zweiten Weltkrieg vorgeworfen wird. Trifa, der aus den USA ausgewiesen worden war, soll vor ein israelisches Gericht gestellt werden.

Südafrika: Die Beteiligung der indischen Volksgruppen an den Wahlen zu ihrer neugeschaffenen Parlamentskammer war, wie schon bei den Mischlingen, äußerst gering. Bei Johannesburg kam es zu schweren Krawallen.

Heute: Weltsicherheitsrat berät über israelische Besetzung Südlibanons.

ZITAT DES TAGES



„Ein krebserzeugendes Potential ist vorhanden, das Risiko für den Bürger ist aber praktisch nicht gegeben, weil er derartig hohen Konzentrationen des Aldehyds, die für eine Krebserzeugung nötig wären, nicht ausgesetzt ist"

Professor Dietrich Schmähl vom Deutschen Krebsforschungszentrum Heidelberg in einem Beitrag für die WELT zur Debatte über ein mögliches Krebsrisiko durch Formaldehyd (S. 2) FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Kaufkraft: In den USA erhöhte sich 1983 das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen um 5,1 Prozent auf 11 685 Dollar. Die reale Kaufkraft nahm um 1,9 Prozent zu. (S. 9)

Bauindustrie: Die Mehrzahl der deutschen Bauunternehmen geht davon aus, daß sie ihre Kapazitäten in den kommenden Monaten beschleunigt weiter abbauen müssen, meldet der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes. Entlassungen und eine Zunahme der Kurzarbeit würden die Folge sein.

Bundesbank: Dem Bund sollte nach Ansicht der Sparerschutzgemeinschaft der Zugriff auf die Bundesbankgewinne verwehrt werden, da er stabilitätspolitische Probleme mit sich bringe. (S. 9)

Kaffee teurer? Eine Kältewelle im Süden Brasiliens hat bis zu 30 Prozent der Kaffee-Ernte vernichtet. Die Preise für brasilianischen Rohkaffee stiegen um 20 Prozent.

Börse: Nach schleppendem Beginn setzte sich an den Aktienbörsen eine freundliche Tendenz durch. Der Rentenmarkt war widerstandsfähig. WELT-Aktienindex 143,3 (143,5). Dollarmittelkurs 2,8924 (2,8717) Mark. Goldpreis pro Feinunze 349,75 (-) Dollar.

KULTUR

Festgenommen: Heute läßt sich Gustav Husak als Organisator des slowakischen Aufstandes vor 40 Jahren feiern. Die historischen Tatsachen sehen allerdings anders aus. Husak hatte damals von dem Aufstand nur aus dem Radio erfahren. Ein Professor, der dies an die Öffentlichkeit brachte, wurde jetzt festgenommen. (S. 15)

Festival: Mit dem Grand Prix des 8. „World Film Festival" von Montreal wurde die amerikanische Produktion „El Norte" von Gregory Nava ausgezeichnet.

SPORT

Ringen: Olympiasieger Pasquale Pasarelli (Nürnberg) wird keinen Schaukampf gegen den Profi-Boxer René Weller bestreiten. „Ich habe davon erst aus der Zeitung erfahren. Ich werde so etwas nicht tun, weil ich Amateur bleiben will." (S. 6.)

Radsport: Zum 15. Mal hintereinander erreichte der Berliner Rainer Podlesch (39) bei den Weltmeisterschaften in Barcelona das Finale der Amateur-Steher. Podlesch war bereits zweimal Weltmeister im Rennen hinter Motorrädern.

AUS ALLER WELT

Teuerste Straße: Das bislang kostspieligste Straßenbauprojekt des Bundes, die B 42 zwischen Königswinter und Oberdollendorf bei Bonn, wurde gestern freigegeben. Pro Kilometer kostete sie fast 50 Millionen Mark.

Trauer um „Topas": Der wohl beste Zuchtbulle der Welt starb im Alter von elfeinhalb Jahren. Das vitale Rindvieh aus einer Besamungsanstalt bei Sigmaringen hinterläßt rund 100 000 Nachkommen weltweit. (S. 16)

Wetter: Bewölkt, nur im Norden Niederschlag. Bis 26 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Formaldehyd und Krebs – Gastkommentar von Professor Dietrich Schmähl S. 2

Brunei: Nur das Klischee aus Tausendundeiner Nacht paßt – Ein Bad in Milliarden S. 3

Landesbericht Saarland: FDP mit dem Rücken zur Wand und Lafontaine ante portas S. 4

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 5

Südpazifik: Forderung nach atomwaffenfreier Zone – Tagung im Kleinstaat Tuvalu S. 5

Fernsehen: Serie Hörfunk-Hits – Beim Sex hört der Spaß auf – Ein Forum für den Bürger S. 6

Gewaltverzicht: „Bahr verläßt Boden der Loyalität zur Allianz" – Mertes warnt S. 8

Griechenland: Die sozialistische Regierung sucht den Dialog mit Unternehmern S. 10

Felsbilder: Bilderbuch der Vorgeschichte entdeckt – Ein Fußabdruck der Götter S. 15

Treff für Schlemmer: Das Hamburger Messegelände wird zum Super-Warenhaus S. 16

Postminister: Kabelprojekt bringt Millionen in die Kasse

Schwarz-Schilling erläutert sein Konzept / Rückendeckung durch den Kanzler

PETER GILLIES, Bonn

Das auf ein Jahr begrenzte „Sonderangebot" für verbilligte Kabelanschlüsse ist für die Bundespost kein Verlustgeschäft, sondern beschert ihr im Gegenteil Mehrerlöse von mehreren hundert Millionen Mark. Das machte Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) gestern vor dem Kabinett deutlich. Die Ministerrunde unter Vorsitz des Bundeskanzlers „ist mit meiner Politik voll einverstanden", sagte Schwarz-Schilling, der in den vergangenen Wochen unter kritischem Beschuß – auch seiner eigenen Partei – stand.

„Sämtliche Spekulationen über die Unrentabilität des Betriebsversuchs (über die verbilligten Kabelanschlüsse) sind gegenstandlos", meinte der Postminister nach der Kabinettssitzung. Die Kritiker – auch die in der CDU – unterlägen einem grundsätzlichen Irrtum bei der wirtschaftlichen Beurteilung der Verkabelung. Schwarz-Schilling wies die Forderung nach seinem Rücktritt zurück. Nicht nur gebe es in der Bundesregierung „überhaupt keinen Dissens", auch die Mehrheit der Länderministerpräsidenten sowie das CDU-Präsidium unterstützten seine Pläne. Ebenso habe sich der Bundeswirtschaftsminister, der den Postminister für seinen Vorstoß kritisiert hatte, gestern im Kabinett, vertreten durch seinen Staatssekretär von Würzen, „voll einverstanden erklärt".

Auf die Frage, woher die massierte öffentliche Kritik bis hin zu Rücktrittsforderungen denn komme, entgegnete Schwarz-Schilling, dieses Klima sei von den Vorurteilen „weniger Medien" erzeugt und durch Fehlinterpretationen gesteigert worden. „Aber ich kann daraus lernen", räumte er ein. In der Öffentlichkeitsarbeit der Post müßte sich „sicher etwas verändern".

Mit dem auf ein Jahr befristeten „Betriebsversuch zur Anschließung mittlerer und größerer Wohnanlagen" biete die Post „marktgerechte Bedingungen" an. Das Projekt sei eingehend untersucht und mit den betroffenen Verbänden (Handwerk, Hauseigentümer) diskutiert worden. Besonders für größere Wohnanlagen kann der Anschluß an das moderne Breitbandkabel sogar kostenlos sein.

Wie bereits berichtet, berechnet die Post in diesem Versuch für den Anschluß von bis zu zehn Wohnungen 3000 Mark, für jeden weiteren nur noch 20 Mark. Sie führt das Kabel jedoch nur bis zu einem Übergabepunkt, von dem der Anschluß von der 110. Wohneinheit an kostenlos ist (Maximalgebühr also 5000 Mark).

So kosten beispielsweise die Kabelanschlüsse für 12 Wohneinheiten 3040 Mark, 100 Wohnheiten dagegen nur 4800 Mark. Gegenüber den bisher geltenden Gebühren wäre das eine drastische Verbilligung. Kritiker machten der Post darauf den Vorwurf des Ausverkaufs zu Schleuderpreisen, zumal bei Neubauten („Subskriptionen") und in Berlin noch niedrigere Tarife gelten.

Darauf entgegnete nun Schwarz-Schilling gestern, diese Kritiker hätten sich nur auf die Anschlußkosten fixiert, aber die laufenden Gebühren vergessen. Der Vertragspartner der Post, also meist der Eigentümer einer größeren Wohnanlage oder der Betreiber einer Gemeinschaftsantenne, müsse sofort eine Garantie für 80 Prozent seiner verkabelten Wohnungen übernehmen sowie für den Anschluß durch Handwerker zwischen Übergabepunkt und Wohnung sorgen.

Wenn er 100 Wohneinheiten anschließen lasse (Kosten: 4800 Mark) müsse er sofort auch die monatlichen Gebühren für mindestens 80 garantieren (Monatsgebühr: 80 mal fünf Mark = 400 Mark). Werden weitere Programme herangeführt, beträgt die Monatsgebühr drei Mark mehr je Wohneinheit. Daneben besteht die Möglichkeit, die laufende Monatsgebühr durch Einmalzahlungen zu

● Fortsetzung Seite 8

Streikfront in England zerfällt

Viele Dockarbeiter wollen arbeiten / Margaret Thatcher vorzeitig zurück nach London

WILHELM FURLER, London

Die Gewerkschaftsführer der britischen Hafenarbeiter haben ihr Ziel verfehlt, mit einem landesweiten Streik möglichst alle Häfen und damit die Wirtschaft des Landes lahmzulegen. Das läßt sich jetzt feststellen, obgleich noch nicht in allen Häfen für oder gegen den Streik abgestimmt worden ist.

Bereits jetzt hat die Mehrheit der Hafenarbeiter in folgenden Häfen gegen eine Beteiligung an einem landesweiten Docker-Streik gestimmt: Belfast und Larne (beide Nordirland), Grimsby und Immingham am Humber, Barry in Süd-Wales, Newcastle, Ipswich, Poole, Nord- und Süd-Shields sowie Jersey.

Dagegen haben gestern die Hafenarbeiter im wichtigen südenglischen Hafen Southampton mit 50prozentiger Mehrheit für eine Beteiligung am Ausstand gestimmt. Unmittelbar nach dem Aufruf zum Streik durch die militante Gewerkschaftsführung in der vergangenen Woche waren die bedeutenden Häfen Liverpool, Hull und Teesport sowie der Londoner Containerhafen Tilbury lahmgelegt worden, nachdem dort die Hafenarbeiter ohne Abstimmung in den Ausstand getreten waren.

Ob die Streikaktion letztlich Wirkung zeigt, wird vor allem davon abhängen, wie die Abstimmungen der Hafenarbeiter im größten britischen Containerhafen Felixstowe sowie im bedeutenden Fährhafen Dover ausgehen werden. Allgemein wird damit gerechnet, daß die Docker in beiden Häfen den Streikaufruf zurückweisen werden. Bereits beim letzten Hafenarbeiter-Streik vor gerade sechs Wochen war Dover der erste Hafen, der die Streikfront durchbrach, nachdem aufgebrachte Lkw-Fahrer vom Kontinent mit Gewalt-Anwendung gedroht hatten. Auch Felixstowe hatte sehr rasch durchblicken lassen, daß die Streik-Bereitschaft seiner Docker rapide schwinde.

Sollten Felixstowe und Dover in den nächsten Tagen tatsächlich gegen eine Streik-Beteiligung stimmen, dann würde praktisch der gesamte Container-, Lkw- und Trailer-Verkehr vom und zum europäischen Festland ohne Behinderung weiterfließen können. Immerhin wird in den Häfen, die sich bislang gegen einen Streik ausgesprochen haben, einschließlich Dover und Felixstowe, normalerweise fast die Hälfte des seewärtigen britischen Warenhandels (ausgenommen Öl) umgeschlagen.

Gestern stimmten plötzlich 600 Hafenarbeiter in Tilbury dafür, wieder an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren. Premierministerin Margaret Thatcher ist einen Tag früher als erwartet aus ihrem Urlaub in der Schweiz zurückgekehrt, um mit den zuständigen Ministern die Lage an der Streikfront zu analysieren.

Fünf Jahre Verbannung für Jelena Bonner

DW. Moskau

Jelena Bonner, die Ehefrau des sowjetischen Bürgerrechtlers Andrej Sacharow, ist zu fünf Jahren Verbannung in Gorki verurteilt worden. Dies wurde gestern von gutunterrichteten sowjetischen Quellen bestätigt. Frau Bonner wurde wegen „Verstoßes gegen die sowjetischen Gesetze" verurteilt. Genaue Angaben über das Vergehen, das ihr zur Last gelegt wird, liegen nicht vor.

Der Prozeß gegen die 61jährige fand in Gorki statt. Es ist unbekannt, ob sie an ihrem Verbannungsort mit ihrem Mann zusammenleben kann. In der 400 Kilometer östlich von Moskau gelegenen und für Ausländer gesperrten Stadt Gorki lebt Sacharow bereits seit 1980 in der Verbannung. Bis zu dem Urteil war seine Frau die einzige Verbindung zwischen ihm und westlichen Kreisen in Moskau gewesen.

Abgasarme Autos: Spitzengespräch über Kaufanreize

ms. Bonn

Zu einem Spitzengespräch über Kaufanreize für abgasarme Autos hatten sich für den gestrigen Abend Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann im Bundesinnenministerium verabredet. Bislang gibt es darüber unterschiedliche Auffassungen beider Minister.

Zimmermann fordert, der Kauf von Katalysatorenautos solle durch Beihilfen des Staates direkt unterstützt werden. Er schlägt dafür einen Betrag von bis zu 1500 Mark vor. Stoltenberg ist gegen solche Zahlungen, weil er darin direkte Subventionen sieht und ein solches Verfahren erhebliche bürokratische Aufwendungen mit sich bringen würde. Er setzt deshalb auf attraktive Anreize im Steuerrecht. Stoltenberg fühlt sich nach den Beratungen im CDU-Parteipräsidium in seiner Haltung bestärkt.

„Integration ist richtiger Weg für Polen-Deutsche"

DW. Darmstadt

Der stellvertretende Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Helmut Hild, hat sich in einem Interview mit dem „evangelischen pressedienst" (epd) dagegen gewandt, von einer „Zwangspolonisierung" der deutschsprachigen Minderheit in Polen zu sprechen. Da es ein geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet in Polen nicht gebe, werde es zu einer Integration der jüngeren Generation in das polnische Volk kommen. Dies sei um dieser dort lebenden Menschen willen „sicher auch der richtige Weg".

Hild bedauerte es angesichts der gegenwärtigen Diskussion um eine deutschsprachige Seelsorge in Polen, daß Kardinal Glemp mit seiner umstrittenen Predigt so mißverstanden wurde, „als wolle er eine kirchliche Polonisierung der deutschsprachigen Gemeindemitglieder erreichen".

Neue Medien im Dunst der Ungewißheit

Nea. Düsseldorf

Wie die Welt der neuen Medien hierzulande wirklich eines Tages aussehen wird, das liegt trotz Kabelstart in Ludwigshafen und München überwiegend immer noch im Dunst der Ungewißheit. Der große Medientreffpunkt der CDU in der Düsseldorfer „Rheinterrasse" konnte da kein anderes Ergebnis liefern.

Die einladende CDU, hier vertreten durch den NRW-Spitzenmann Bernhard Worms, steuerte Bekanntes aus der Schatulle ihrer Grundsatzpapiere bei. Bündige Antworten zum Tagungsthema „Neue Medien, neue Möglichkeiten, neuer Unterhaltungsmarkt" konnten natürlich auch die Macher nicht bieten. So bestand die Ausbeute am Ende in teilweise freilich höchst interessanten Details.

So gestand die „Tagesthemen"-Moderatorin Hannelore Gadatsch, sie habe schon damals beim Südwestfunk unter Kollegen die Ansicht vertreten, daß das öffentlich-rechtliche System private Konkurrenz brauche, um besser und kreativer zu werden. Sie habe es deswegen in der Gewerkschaft ziemlich schwer gehabt. Jetzt freue sie sich, daß auch die SPD „umgedacht" habe.

Mark Wössner, Bertelsmann-Chef, wiederum überraschte mit der Feststellung, es werde gar nicht die Unterhaltung sein, auf der die Privaten sich tummeln würden. Die gute News-Show, billiger und leichter zu produzieren als wirklich gute Unterhaltung, werde für die Privaten das nächstliegende Feld für den Wettbewerb mit den Etablierten sein.

Entertainer Jürgen von der Lippe attackierte aus ganz anderer Richtung, beklagte sich über zuviel Zensur vor allem durch die Kirchen („Wenn Sie bedenken, was ein Komiker wie Dave Allen alles ablassen darf ...") und gelobte parteipolitische Neutralität, weil man sich ja nicht freiwillig die Chance rauben dürfe, über sämtliche Parteien zu lachen.

Andreas von Ferenczy kündigte nicht nur ein eigenes Hörfunkprogramm der väterlichen Agentur an, sondern brachte auch die Idee einer speziellen „Medien-Bank" zur Finanzierung der Nachwuchs- und Karriereförderung auf dem Gebiet der TV-Unterhaltung ins Spiel. Die Routiniers im Saal wiegten höchst interessiert die Häupter.

Zum Stichwort Mediengesetze schließlich befanden die Sprecher der Privaten mehrheitlich, man brauche keine neuen Paragraphen für das Programm, wohl aber im größten Land der Bundesrepublik endlich ein Mediengesetz als Rahmen für die eigenen Planungen.

Worms (die CDU hat in NRW bekanntlich genau wie die Landesregierung einen Gesetzentwurf eingebracht) verteidigte die Politiker: „Wir ringen ja darum, wir ringen seit Monaten, seit Jahren ..."

DER KOMMENTAR

Politischer Streik

WILHELM FURLER

Noch ist es zu früh, um aufatmen zu können. Erst wenn in den beiden wichtigsten britischen Häfen Felixstowe und Dover tatsächlich – wie erwartet – gegen die Beteiligung an einem landesweiten Hafenarbeiter-Streik gestimmt wird, kann der seewärtige Warenverkehr praktisch ungehindert von und nach Großbritannien weiterfließen. Der deutschen Wirtschaft bliebe dann eine unangenehme, unfreiwillige Beschränkung ihrer Exporte in eines ihrer wichtigsten Absatzländer erspart.

Vor allem die deutsche Automobil-Industrie hat nach ihren eigenen schlimmen Streikerfahrungen im Export nach Großbritannien noch einiges aufzuholen. Der britische Pkw-Markt wartet in den Monaten August und September traditionell mit den höchsten Verkaufszahlen des Jahres auf, und deutsche Automobile sind auf den britischen Inseln derzeit gefragt wie selten zuvor. Die amerikanischen Töchter Opel und Ford, die neben fertigen Personenwagen eine Menge von Teilen an ihre britischen Schwesterfirmen Vauxhall und Ford UK liefern, wären von einer kompletten Schließung der Häfen jenseits des Kanals besonders empfindlich betroffen.

Schon jetzt kann getrost behauptet werden, daß die militante Gewerkschaftsführung der britischen Hafenarbeiter ihr Ziel verfehlt hat. Bei ihrem Streikaufruf ging sie davon aus, zumindest die 78 Häfen des Landes, die dem sogenannten Nationalen Hafenarbeiter-System mit auf Lebzeiten garantierten Arbeitsplätzen angehören, zum Ausstand bewegen zu können. Über diese Häfen werden 70 Prozent des seewärtigen britischen Warenhandels abgewickelt. Doch in längst nicht allen Häfen befolgten die Docker die Weisung ihrer Gewerkschafts-Delegierten.

Es ist auch an der Zeit, daß der linksradikalen Elite im britischen Gewerkschaftssystem eine Lehre erteilt wird. Immer wieder versucht sie, die Arbeiter zu mißbrauchen, um das Land ins wirtschaftliche Chaos zu stürzen. Weder bei dem 25wöchigen Arbeitskampf im Kohle-Bergbau noch bei dem zweiten Streikaufruf an die Hafenarbeiter innerhalb von nur sechs Wochen geht es um Arbeitsplätze oder bessere Bezüge, sondern um den Sturz der Thatcher-Administration. Je mehr Gruppen in den Konflikt einbezogen werden können, desto besser, lautet die Devise.

Der Widerstand gegen diese unverantwortliche und undemokratische Gewerkschafts-Willkür wird unter den Bergleuten stärker. Ebenso entziehen mehr und mehr Hafenarbeiter der fehlgeleiteten Gewerkschafts-Bewegung die Solidarität.

Interesse an Vorgängen in der „DDR" wächst

idea/DW. Wetzlar/Bonn

Das Interesse der Deutschen in der Bundesrepublik, vor allem der jungen Generation, an den Vorgängen im anderen Teil Deutschlands wächst. In den Massenmedien haben Informationen über die „DDR" inzwischen „erheblich zugenommen", stellt der Präsident des Gesamtdeutschen Instituts in Bonn, Detlef Kühn, in einem Interview mit der evangelischen Nachrichtenagentur idea fest.

Zugleich forderte Kühn mehr Geld für die Ausrichtung von „DDR"-Informationsseminaren für Lehrer. Er lobt die „erhebliche Steigerung" bei „DDR"-Klassenfahrten, die im vergangenen Jahr die Rekordzahl von 16 000 jungen Teilnehmern aufwiesen. Zur Absage von Gegenbesuchen aus der „DDR" sagte Kühn, sie sei unter „fadenscheinigen Vorwänden" erfolgt. Wie berichtet, ordnete der jüngste Verfassungsbericht diese von der FDJ organisierten Reisen unter „West-Arbeit" ein. Zur Lage in Deutschland vor dem beabsichtigten Honecker-Besuch im Westen stellte Kühn fest: „Das Interesse der SED-Führung ist auf Machterhalt und -ausbau ausgerichtet. Dazu braucht sie stabile wirtschaftliche und politische Verhältnisse. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen Deutschlands ist für die innere Stabilität der DDR von Bedeutung. Darüber hinaus will auch die SED-Führung den Frieden bewahren und die kostspielige Hochrüstung eindämmen." So bestehe durchaus eine „partielle Interessenidentität zwischen der DDR-Führung und uns".

Große Koalition in Israel nimmt jetzt Gestalt an

DW. Jerusalem

In ihrem dritten Gespräch über die Möglichkeiten für eine Große Koalition in Israel sind der designierte Ministerpräsident Shimon Peres und der amtierende Regierungschef Yitzhak Shamir gestern ein gutes Stück vorangekommen, ohne jedoch schon abschließende Vereinbarungen zu treffen. „Wir haben ausführlich darüber gesprochen, wie eine nationale Einheitsregierung diejenigen Probleme anpacken kann, zu denen die beiden großen Koalitionspartner unterschiedliche Auffassungen vertreten", erklärte Peres nach der dreistündigen Unterredung in Jerusalem. Er erwähnte dabei besonders die umstrittene Siedlungspolitik im besetzten Westjordan-Land. Vor Journalisten ergänzte Shamir, in der Frage der Besetzung der wichtigsten Ministerien (Außen, Verteidigung und Wirtschaft) herrsche weitgehendes Einvernehmen. Peres hat bislang die Likud-Forderung abgelehnt, das Amt des Ministerpräsidenten im Rotationsverfahren zu besetzen.

Ein Rechtsexperte der von Peres geleiteten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die bei den Wahlen vor einem Monat 44 der 120 Parlamentssitze erhielt, und ein Kollege aus Shamirs nationalistischem Likud-Block (41 Sitze) sollen nun die bisherigen Verhandlungsergebnisse sowie die noch bestehenden Streitfragen schriftlich niederlegen. Schon in Kürze wollen Peres und Shamir dann erneut zusammentreffen. In Jerusalem hieß es, die Begegnung könne schon heute stattfinden.

Golfkrieg gefährdet kaum Verhältnis USA–UdSSR

Senatsbericht: Großmächte verfolgen kurzfristig gleiche Ziele

DW. Washington

Der Krieg zwischen Iran und Irak birgt nach einem gestern veröffentlichten Bericht des amerikanischen Senats kaum Gefahr für Feindseligkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. In dem Bericht heißt es, beide Großmächte verfolgten kurzfristig das gleiche Ziel, den Konflikt zu beenden. „Führende amerikanische Militärs fassen nicht ernstlich Situationen ins Auge, in denen die amerikanischen Bodenstreitkräfte in dem Gebiet eingesetzt werden müßten, außer um für den Schutz amerikanischer Staatsbürger zu sorgen", wird in dem vom Ausschuß für auswärtige Beziehungen erarbeiteten Bericht ausgeführt.

Der Vorsitzende des Ausschusses, der republikanische Senator Charles Percy, erklärte, aus dem Text gehe hervor, daß die Politik der USA in Sicherheits- und Energiefragen zur Wiederherstellung der Ruhe auf dem internationalen Erdölmarkt und zur Beschwichtigung der in den Ländern der Region aufgekommenen Befürchtungen beigetragen habe: Washington hatte im Frühjahr und zu Beginn des Sommers die Luftverteidigung Saudiarabiens verstärkt.

Nach Angaben der Studie hat sich das Gleichgewicht des seit vier Jahren andauernden Golfkrieges zugunsten des Irak verschoben. Verantwortlich dafür seien zum einen das amerikanische Waffenembargo und zum anderen die massiven Waffenverkäufe der Sowjetunion und Frankreichs an Bagdad. Diese Entwicklung werde von führenden Politikern Teherans mit wachsender Sorge betrachtet.

Der Bericht fährt fort: „Wir sind der Ansicht, daß ein iranischer Sturmangriff auf den Irak wahrscheinlich zu einer Niederlage des Iran führen würde, sofern die Moral der Iraker nicht zusammenbricht." Die jüngsten Erfolge hätten zwar die Moral der Iraker verstärkt, doch sei der Krieg in Irak weiterhin höchst unpopulär.

Die Studie war nach einer Rundreise einer Senatorendelegation durch die Länder der Golfregion angefertigt worden.

F


UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Anschluß allerorten

Von Carl Gustaf Ströhm

Ist es schon Tollheit, hat es doch Methode: Wenige Tage sind vergangen, seit die Moskauer „Prawda" behauptete, Bonn wolle durch Anwendung des „wirtschaftlichen Hebels" den Sozialismus in der „DDR" stürzen und die Wiedervereinigung beider deutschen Staaten im Sinne des Kapitalismus erreichen. Jetzt hat das Zentralorgan der KPdSU entdeckt, daß die deutsche Bundesregierung auch den „ökonomischen Anschluß" Österreichs an die Bundesrepublik vollziehen will.

Auch hier sehen die Moskauer Ideologen also den wirtschaftlichen Hebel am Werk. Österreich gerate, so lamentiert die „Prawda", in eine immer größere wirtschaftliche Abhängigkeit von den Deutschen. Der österreichischen Regierung lastet das Kreml-Blatt sogar eine Mitschuld an diesem neuen Anschluß an, denn sie fördere westdeutsche Unternehmen aus Steuermitteln und ruiniere damit die eigene Industrie.

Hier verrät sich ein fast neurotisches Weltbild. Überall sieht der Kreml Verschwörer und finstere Umtriebe am Werk. Dazu gehört auch die neueste sowjetische „Entdeckung", wonach der amerikanische CIA den südkoreanischen Jumbo-Jet angeblich in die Luft gesprengt habe, weil es sich um ein „Spionageflugzeug" handelte – wobei es den Sowjets offenbar nichts ausmacht, sich in ihren eigenen Propagandanetzen zu verheddern. Denn sie selber hatten ja den Abschuß durch sowjetische Jagdflugzeuge offiziell zugegeben und sogar gerechtfertigt.

Zugleich aber wird eine neue und doch uralte sowjetische Taktik sichtbar: Moskau spürt die Bewegungen in seinem westlichen Vorfeld. Nach der Devise „Angriff ist die beste Verteidigung" versucht es eine Druck- und Drohungskulisse gegen Bonn, dann auch gegen Ost-Berlin und neuerdings sogar gegen Wien aufzubauen. Die Partner, die Gegner, die Neutralen und sogar die eigenen Vasallen sollen in einen permanenten Anklagezustand versetzt werden. Wer sich ständig gegen absurde Vorwürfe verteidigen muß, kann – so meint man in Moskau – besser im Zustand der Furcht gehalten werden.

Damit aber wird eine sowjetische Furcht sichtbar, die freilich nichts mit „Anschluß" zu tun hat: die Furcht vor einem selbständiger werdenden Mitteleuropa.

Sklaven auf der Flucht

Von Günter Friedländer

Florida, besonders Miami, ist das Ziel der Flüchtlinge aus Südamerika, Mittelamerika und aus der Karibik. Einer der Gründe, die die nordamerikanische Regierung für ihre Mittelamerikapolitik anzugeben pflegt, ist die Sorge, daß die Angst vor den Kommunisten immer neue Einwandererströme nach Florida treibt.

Sie ist berechtigt, wie eine neue Flüchtlingswelle beweist, die seit einigen Wochen Miami erreicht: junge Nicaraguaner im Alter zwischen 15 und 22 Jahren, die sich dem Zwang des sandinistischen Heeresdienstes entziehen wollen. Sie wären bereit, ihrem Land zu dienen, nicht aber einer Partei.

Floridas Einwanderungsbehörden sagen, daß in diesem Augenblick bereits monatlich hundert dieser jungen Leute den Staat erreichen. Sie fliehen erst nach Mexiko, wo sie sich für gutes Geld Menschenschmugglern anvertrauen, die unter dem Namen „Coyoten" bekannt sind. Mit ihrer Hilfe erreichen sie die USA und setzen sich dann mit Verwandten in Florida in Verbindung, die ihnen das Geld zur Weiterreise schicken.

Wer keine Familie in Florida hat, wendet sich an eine der vielen kirchlichen Organisationen, die sich in der Tradition der „Untergrundbahn" (underground railroad) fühlen. Diesen Namen trugen Organisationen, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts flüchtige Negersklaven aus dem Süden der USA in den Norden brachten.

Man hat in den letzten Wochen in Miamis Fernsehen, das bisher die Sandinistas zu romantisieren pflegte, nicaraguanische Mütter gegen den Militärdienst demonstrieren sehen. Das mag dazu beigetragen haben, daß heute die Helfer der neuen „Untergrundbahn" denjenigen den Weg in die Freiheit öffnen wollen, die sich als Sklaven der kommunistischen Eroberer in Ländern des karibischen Beckens fühlen.

Zu ihnen gehören die jungen Nicaraguaner, die weder Lust haben, ihre „Contras" genannten Landsleute zu bekämpfen, noch sich mit der sandinistischen Herrschaft abfinden oder in Afrika fremde Kriege ausfechten wollen. Sie würden lieber zu Hause Kaffee pflücken. Aber das wird ihnen ja von Freiwilligen aus Europa abgenommen.

Um sich ballern

Von Joachim Neander

Das Kölner Fernsehmagazin „Monitor" hat in einer seiner letzten Sendungen den „Stern" fürchterlich abgekanzelt. Vorwurf: Der „Stern" habe bei seiner Fahndung nach dem entflohenen Rechtsextremisten Michael Kühnen zuerst brüderliche Hilfe von „Monitor" in Anspruch genommen, dann aber die Sache schnöde als eigenen Coup dargestellt und die TV-Kollegen sogar schlechtgemacht.

An sich wäre das nur einen erleichterten Seufzer wert, daß es hierzulande offenbar so wenig jagdbare Neonazis gibt, daß die linksliberalen Jagdpächter einander bereits ins Gehege kommen. Dazu vielleicht noch ein gelindes Staunen darüber, wie „das Kartell" (aus dem der „Stern" jetzt ausgebootet werden soll) so funktioniert.

Doch nun kommt für den Betrachter auch die neugierige Frage hinzu, wie denn „Monitor" sich selber abkanzeln werde. Haben die doch nichts daran gefunden, sich ihrerseits an andere dranzuhängen: An zwei Kommunisten, die eine fingierte Firma gründeten und mit der erlogenen Ankündigung einer Industrieansiedlung Ministern und Bürgermeistern Subventionsversprechungen zu entlocken versuchten – nur um in Wirklichkeit eine Skandal-Broschüre über das kapitalistische Subventionsunwesen unters Volk zu bringen.

„Monitor" hat dazu, in voller Kenntnis des Hintergrunds und pünktlich zum Erscheinen des Buches, begleitende Interviews gesendet, ohne den Interviewten auch nur mit einem Wort den Zusammenhang zu offenbaren.

Den Gründervätern des TV-Magazins ist bei der Namensgebung wahrscheinlich entgangen, daß „Monitor" Mitte des vorigen Jahrhunderts auch die offizielle Bezeichnung für einen bestimmten Kanonenboot-Typ gewesen ist, der sich dadurch auszeichnete, daß er zwar wild um sich ballern konnte, aber wenig seetüchtig und extrem anfällig gegen eindringendes Wasser war. Nach anfänglich spektakulärem Erfolg wurde der Typ „Monitor" schließlich aus dem Verkehr gezogen.

Daß man beim Schießen aufpassen sollte, daß einem dabei nicht Munition, Füße oder edlere Teile naß werden, sollte in Köln schon wegen der Namenstradition beherzigt werden.



„Von uns beiden streikt keiner, nicht wahr?" KLAUS BÖHLE

Formaldehyd und Krebs

Von Dietrich Schmähl

Ausgelöst durch die jüngste Debatte über ein mögliches Krebsrisiko durch Formaldehyd soll dieser Beitrag dazu dienen, wirkliche gegen minimale oder utopische Krebsrisiken abzugrenzen. Viele Wissenschaftler in aller Welt und auch wir in unserem Institut wissen durch unsere tägliche Arbeit, daß ein erheblicher Teil der Krebserkrankungen beim Menschen durch chemische Stoffe ausgelöst wird.

Das bekannteste und praktisch wichtigste Beispiel ist der Krebs der Atemwege nach exzessiver Inhalation von Tabakrauch, der jährlich viele tausend Krebstote fordert. Aber auch manche Krebserkrankungen der Speiseröhre sind durch einen chemischen Stoff verursacht, nämlich durch Alkohol, denn in der Vorgeschichte von Speiseröhrenkrebskranken findet sich nicht selten ein exzessiver Alkoholkonsum vorwiegend „harter" Alkoholika. Alkohol besitzt demnach für den Menschen ein cancerogenes (krebserzeugendes) „Potential".

Trotz dieses Potentials ist aber der normale Bürger, der abends ein oder auch zwei Glas Bier oder Wein oder auch einen Schnaps trinkt, keineswegs gefährdet, einen durch Alkohol ausgelösten Speiseröhrenkrebs zu bekommen. Das heißt also: trotz des krebserzeugenden Potentials des Alkohols hat die Durchschnittsbevölkerung praktisch kein Risiko der Krebserzeugung durch Alkohol. Das Potential ist also vom Risiko abzugrenzen.

Krebserzeugende Stoffe sind im Tierversuch erkennbar. Am überzeugendsten sind derartige Befunde, wenn eindeutige Dosis-Wirkungs-Beziehungen vorliegen, wenn also eine lineare Abhängigkeit der gegebenen Dosis (Menge) zum beobachteten Effekt besteht. In Vergleichsversuchen und zur Sicherung der Befunde für die Übertragbarkeit auf menschliche Verhältnisse ist zudem die Prüfung an mehreren Tierarten erwünscht und international üblich. So sind z. B. N-Nitroso-Verbindungen, die in unserer Umwelt vorkommen, an ca. 35 Tierarten (von Maus bis Affe, Vögel, Fische, Reptilien) geprüft und überall gleichermaßen krebserzeugend. Überzeugende Dosis-Wirkungs-Kurven liegen vor, die in kleinste Dosisbereiche (Größenordnung Mikrogramm pro Kilogramm Tiergewicht, 1 Mikrogramm = 1/1 000 000 g) hinunterreichen. Ähnliches gilt für natürlicherweise vorkommende krebserzeugende Chemikalien, wie etwa Aflatoxine (Stoffwechselprodukte mancher Schimmelpilzarten) oder auch einige Pflanzeninhaltsstoffe. Daraus wird im übrigen deutlich, daß krebserzeugende Stoffe auch „gottgemacht" sein können und nicht nur Abfallprodukte unseres Industriezeitalters darstellen.

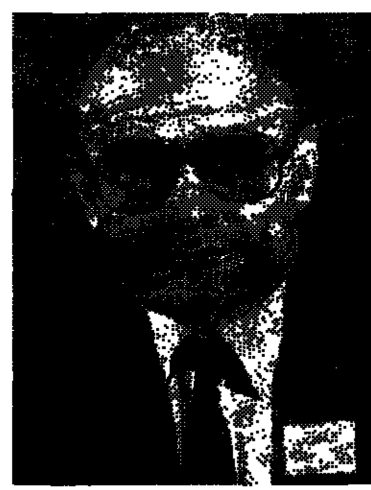
Eine „Umweltchemikalie" ist auch das Kochsalz. In der Bundesrepublik Deutschland liegt der übliche Kochsalzverzehr bei durchschnittlich fünf Gramm täglich. Schon eine Erhöhung um das Zwei- bis Dreifache erbrächte bei Nieren- oder Kreislaufkranken – die um ihre Krankheit nicht wissen – das Risiko einer bedeutenden Verschlimmerung. Die „Sicherheits-Spannen" sind hier außerordentlich klein.

Im Falle des Formaldehyds haben wir folgende Situation vor uns: Die Verbindung kommt natürlicherweise als Stoffwechselprodukt im Körper in kleinen Mengen vor. Sie ist seit vielen Jahrzehnten als Desinfiziens und auch als Arzneimittel verwendet worden; sie ist speziell gegen Tuberkelbazillen und auch Viren wirksam, und die antituberkulöse Desinfektion mit Formaldehyd war ein Meilenstein in der Medizingeschichte. Angehörige pathologischer und anatomischer Institute arbeiteten seit vielen Jahrzehnten mit diesem Aldehyd und waren seinen Dämpfen vergleichsweise extrem exponiert. Eine Krebserzeugung für den Menschen ist aber nicht bekannt geworden, obwohl dies gerade im Fall der Berufsgruppe der Pathologen höchstwahrscheinlich gewesen wäre, denn Nasenkrebserkrankungen sind beim Menschen selten und die Häufung derselben in einer bestimmten Berufsgruppe wäre aufgefallen.

Inhalationsversuche an kleinen Nagern (Cancer Research 43:4382, 1982; Carcinogenesis 4:945, 1983) haben bei massiver Überdosierung zu Tumoren der schwer geschädigten Nasenschleimhaut geführt, aber eben nur bei höchsten Konzentrationen, nicht bei geringeren. Die Autoren dieser Versuche erklären selbst, daß keine linearen Dosis-Wirkungs-Beziehungen vorliegen und somit die Wirkung konzentrationsabhängig ist. Es liegt hier also eine ähnliche Situation wie beim oben erwähnten Alkohol vor. Ein krebserzeugendes Potential ist vorhanden, das Risiko für den Bürger ist aber praktisch nicht gegeben, weil er derartig hohen Konzentrationen des Aldehyds, die für eine Krebserzeugung nötig wären, nicht ausgesetzt ist; dies um so mehr, als Formaldehyd durch seinen stechenden und reizenden Geruch auch in kleinen Konzentrationen auf sich selbst aufmerksam macht.

Das Erkennen und die Vorbeugung vor der Exposition mit krebserzeugenden chemischen Stoffen ist wichtig im Sinne einer Krebsprophylaxe. Dazu sind alle verantwortlichen Stellen aufgerufen. Bevor aber die Bevölkerung womöglich noch durch ideologisch gefärbte Berichte nicht aufgeklärt, sondern verunsichert wird, wie dies im Falle des Formaldehyds geschehen ist, sollten zunächst die realen Fakten bekannt sein. Im übrigen: Wem dient die Verunsicherung?

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Dietrich Schmähl ist Direktor des Instituts für Toxikologie und Chemotherapie am Deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg FOTO: DPA

IM GESPRÄCH „Pik" Botha

Anwalt des Paria-Landes

Von Volker S. Stahr

Es ist kein leichtes Amt, das er seit mehr als sieben Jahren ausübt. Roelof Frederik Botha (52) ist Außenminister des Apartheitsstaates Südafrika. Wo immer er hinkommt – selten ist er ein gerngesehener Gast. Mit kurzfristigen Terminabsagen muß der Chefdiplomat Pretorias leben. Und in den Staaten, in denen er vorstellig werden darf, erwartet ihn oft die bleierne Atmosphäre eines „ständigen Anklagetribunals", wie es der ehemalige Jurist Botha selbst einmal charakterisierte. Doch der erfahrene Diplomat besitzt ein sprichwörtlich dickes Fell.



Dickes Fell und starke Stimme: Außenminister Botha FOTO: SVEN SIMON

„Pik" Botha wurde am 27. April 1932 in der Provinz Transvaal geboren. Nach seinem Jura- und Philosophiestudium in Pretoria trat er bereits 1953 in den Auswärtigen Dienst ein. Seine Stationen waren unter anderen Stockholm und Bonn; von 1968 bis 1970 diente er als Unterstaatssekretär im Außenministerium. Im internationalen Kreuzfeuer steht Botha spätestens seit 1974, dem Jahr seiner Berufung zum UNO-Botschafter, der drei Jahre später der Aufstieg zum Außenminister folgte.

Um aufzusteigen in diese Schlüsselpositionen bedarf es neben Erfahrung und Nehmerqualitäten noch einiger anderer Fähigkeiten. Hervorstechend bei dem jung und dynamisch wirkenden Freizeitsportler und Jäger Botha sind Selbstvertrauen und eine gewaltige Stimme, mit der er schon so manchen allzu nervenden Kontrahenten zum Schweigen brachte. Manchmal gelingt es ihm auch inhaltlich, seine Gegenüber zum Schweigen zu bringen. Den Juristen zeichnet nämlich eine profunde Sachkenntnis aus. Besonders die Namibia-Thematik beherrscht er wie kaum ein zweiter; bereits 1965/66 vertrat er Pretoria in Sachen Südwest-Afrika vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag.

Besonders seit dem Amtsantritt seines Namensvetters Pieter Willem Botha als Premier 1978 findet seine Stimme Gehör. Beide Botha zählen in der Regierungspartei zum Lager der sogenannten „Verligten", der „Aufgeklärten". Auf deren Konto gehen die vorsichtigen Reformschritte der jüngsten Vergangenheit. Doch die vergangenen sechs Jahre haben auch gezeigt, daß ein zu rasches Reformieren einen Schock unter der Mittelschicht und den vielen Farmern auslösen würde. Die Folge wäre ein drastischer Rechtsruck. Deshalb bittet „Pik" Botha bei seinen Goodwilltours im Ausland vor allem um Geduld. Da er selbst an eben jenen Reformen maßgeblich mitbeteiligt war, sind seine Gesprächspartner auch zusehends bereit, in seinen Worten mehr zu sehen als nur die Beschwichtigungen eines routinierten Diplomaten.

Zudem gilt der Außenminister auch als der Vater der gegenwärtigen Friedensinitiative seines Landes im südlichen Afrika. Doch mit diesem Versuch, eine Art friedlicher Koexistenz in der Region herbeizuführen, hat Botha auch seine bisher wohl schwierigste Mission angetreten. Seither jettet er als eine Art Sonderbotschafter von einer schwarzafrikanischen Hauptstadt zur anderen, wo fast alle für den Frieden sind und fast keiner sich traut, dies laut zu sagen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE RUHR ZEITUNG

Zu der Aufregung um Formaldehyd heißt es in dem Essener Blatt:

Kaum ein Tag vergeht, an dem uns nicht neue Hiobsbotschaften über lebensbedrohende Umweltbelastungen verunsichern. „Formaldehyd erregt Krebs" – „Müllverbrennung wegen Dioxin gestoppt" – „Neuer Krebsatlas der Bundesregierung" – „Zu viel Nitrat im Mineralwasser". Beispiele dieser Tage. Die bis ins Detail beschriebenen Folgen dieses oder jenes „Umwelt-Killers" malen ein Schreckens-Szenario, in dem Atom, Chemie und Kohle zu apokalyptischen Reitern der Industriezeit werden. Ein Entkommen scheint unmöglich. „Tut Buße, das Ende ist nahe!" hieß es im Mittelalter, als Pest und Cholera wüteten. Heute liegen die Probleme der Menschheit woanders. Sie sollen und dürfen nicht verharmlost werden – aber auch nicht übertrieben.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung kommentiert den Untergang des französischen Frachtschiffs „Mont Louis" mit seiner Ladung von Uran-Gas:

Das Unglück muß dazu führen, daß die Reedereien systematisch über die Existenz besonders gefährlicher Frachten auf vielbefahrenen Schiffahrtsstraßen informieren.

WIESBADENER TAGBLATT

Hier lautet die Meinung zum Honecker-Besuch:

Unüberhörbar sind die Erwartungen der Bundesregierung hinsichtlich des Honecker-Besuches gedämpfter geworden. Nicht zuletzt durch Äußerungen aus dem Regierungslager hat dieses Ereignis inzwischen einen Stellenwert erhalten, bei dem es schon gar nicht mehr darauf ankommt, was es an konkreten Ergebnissen bringt. Allein die Entscheidung Ost-Berlins, der Einladung zu folgen oder abzusagen, entscheidet für Bonn innenpolitisch über Erfolg oder Mißerfolg.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Die Chancen der Republikaner vor der Endrunde des Präsidentschaftswahlkampfes in den USA schätzt das Blatt so ein:

Laut Meinungsumfragen scheint es tatsächlich zum erstenmal seit langem den Republikanern gelungen zu sein, in größerem Ausmaß die Dreißigjährigen und Jüngere anzuziehen, während die Popularität der Grand Old Party im Bereich der Vietnamkriegs- und Watergate-Generation die Demokraten sogar überholt haben soll.

BADISCHE ZEITUNG

Zur Koalition meint das Freiburger Blatt:

Nun wird also wieder regiert in Bonn. Gespannt darf der Bürger auf die Bundeshauptstadt blicken, wo der Kanzler die „Schwachstellen" bisheriger Regierungskunst ausmerzen will. Das verheißt wenigstens verbal eine kraftvolle Regie nach den mißlungenen Possen mancher Laiendarsteller im Sommertheater. Doch ohne personelle Um- und Neubesetzungen bleibt die Ankündigung ähnlich substanzarm wie die Kanzlerbotschaft vom Wolfgangsee, die Regierung leiste vorzügliche Arbeit.

Das Märchen von einer Strategie namens AirLandBattle

Wie eine taktische Vorschrift umgedeutet wurde / Von Cay Graf Brockdorff

Trevelyan beklagt in seiner „Kultur- und Sozialgeschichte Englands" das Schulgesetz von 1870, mit dem Wissen, aber keine Bildung vermittelt worden sei: „Es hat eine riesige Masse geschaffen, die zwar des Lesens kundig, aber außerstande ist, das Lesenswerte herauszufinden, und damit eine leichte Beute aller Sensationen und der billigsten Instinkte werden konnte."

Unser Erziehungssystem und die offenkundigen Bildungsmängel deutscher Lehrer erinnern an diese Betrachtung, wenn man sieht, mit welcher Leichtigkeit sich heute bei uns eine Desinformationskampagne entfalten kann, die sich die neue Führungsvorschrift des amerikanischen Heeres, genannt AirLandBattle, zum Gegenstand genommen hat. Die mit falschen Tatsachenbehauptungen und folglich mit unhaltbaren Schlußfolgerungen geführte Kampagne unterstellt, die amerikanische Armee predige den Angriffskrieg. Daraus wird das Ziel abgeleitet: Weil die NATO-Strategie von den Amerikanern verändert worden sei, müsse die Bundesrepublik Deutschland das Bündnis verlassen.

In Wahrheit liegt das Recht zur Kriegserklärung allein beim Kongreß. Die US-Armee hat sich immer als Instrument der Verfassung empfunden. Ihre Aufgabe ist es, Krieg zu führen, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten dies nach den von der Verfassung gebotenen Schritten befiehlt. Jede Armee muß Krieg führen können. Die Fähigkeit unserer Streitkräfte zur Kriegführung produziert die auf der höheren politischen Ebene gewollte Abschreckung.

Nach Clausewitz ist die Taktik die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht, die Strategie die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zweck des Krieges („Vom Kriege" II, 1). An welcher deutschen Schule hört man etwas von Clausewitz? So erklärt sich die absurde Umdeutung einer Gefechtsführungsvorschrift (AirLandBattle) zur Strategie.

AirLandBattle bricht mit der Vorstellung vom linear geführten Gefecht. Feuer und Bewegung, Initiative, Ausnutzung der Tiefe des Raumes und Aggressivität aller Handlungen ziehen sich als Begriffe wie ein roter Faden durch die neue amerikanische Vorschrift. Sie ist nicht zu früh gekommen. Endlich hat sich die US-Armee den Herausforderungen eines modernen Krieges gestellt, wie er sich angesichts eines überlegenen, gepanzerten und mechanisierten Feindes entwickeln würde.

Nicht ohne Stolz kann das deutsche Heer darauf verweisen, daß seine Führungsvorschrift „Führung im Gefecht" (HDV 100/100) in Geist und Wort Pate gestanden hat beim Entwurf der AirLandBattle. Wenn man absieht von Eigentümlichkeit und unterschiedlicher Mentalität zweier Armeen verschiedener Kontinente, ist man verblüfft, wie stark die Amerikaner sich bemühen, an die deutsche Tradition der Auftragstaktik heranzukommen, jener Philosophie von der Gefechtsführung, die den Entschluß zum Handeln fortlaufend nach unten delegiert.

Die NATO kann die Abwehr einer östlichen Aggression nicht lange nach den Prinzipien der Verteidigung führen. Ihr Oberbefehlshaber, General Bernard Rogers, sagt: „Der Kern einer lebensfähigen Verteidigung ist der Gegenangriff." Damit meint Rogers nicht die politische Wegnahme gegnerischen Territoriums. Er meint die Zerschlagung der angreifenden Truppen. Folglich ist es richtig, wenn AirLandBattle ein ganzes Kapitel dem Angriff widmet, wie es auch die deutsche Heeresdienstvorschrift 100/100 tut.

Die AirLandBattle (Field Manual 100/5) postuliert: „Feuer und Bewegung führen die Entscheidung in der Schlacht herbei" (FM 100/5, Ziff. 2.4). In der deutschen HDV 100/100 heißt es wörtlich: „Der Angriff wirkt durch die Schnelligkeit der Bewegungen sowie durch Feuer" (Ziff. 3005). Beide Vorschriften erklären, daß der Einsatz von Atomwaffen auf der politischen Ebene entschieden wird. Durch beide Vorschriften zieht sich der Gedanke des Einsatzes von Atomwaffen durch den Gegner oder eigene Kräfte, weil kein Heer sich heute mehr auf dem Gefechtsfeld bewegen könnte, als gebe es sie nicht. Für Kritiker, die der AirLandBattle entgegenhalten, daß sie – daß also die US-Heeresführung – den Einsatz von Nuklearwaffen in Rechnung stelle, ein wörtliches Zitat aus Ziffer 3033 der HDV 100/100 der Bundeswehr: „Sind Atomsprengkörper freigegeben, so bestimmt ihre Wirkung maßgebend den Verlauf des Gefechts."

Die NATO-Strategie der „flexiblen Reaktion" schreibt gebieterisch vor, daß die Streitkräfte der Allianz im Verteidigungsfall den Krieg zu dem Zweck führen, die Abschreckung alsbald wiederherzustellen. Mit anderen Worten: den Frieden. Solange Krieg möglich ist, wird man ihm nicht mit Ignoranz, sondern mit Vernunft begegnen müssen. Zur Vernunft gehört es, eine Kampftaktik zu entwickeln, die effektiv ist und nicht dem Angreifer die Initiative überläßt. Das ist das Geheimnis von AirLandBattle.

Brunei – Nur das Klischee aus Tausend und einer Nacht paßt

Brunei, der Zwergstaat an der Nordküste Borneos, macht von sich reden. Nicht so sehr, weil es im September seinen ersten Auftritt in der UNO hat, sondern mehr, weil das Land auf einem Erdölsee schwimmt und so in Milliarden badet. Milliarden, an denen die Bundesrepublik nicht interessiert zu sein scheint.

Von JOHNNY ERLING

Der Verteidiger des britischen Empire mit V-Zeichen und Zigarre blickt skeptisch auf Malaien und Chinesen. Lebensgroß steht seine Statue vor dem riesigen Museum in Brunei, das ihm gewidmet ist: Winston Churchill. Und unter der Statue steht der Satz: „These are no dark days, they are great days."

Die Szene paßt zu dem durch sein Öl zu Reichtum gelangten Sultanat. Brunei Darussalam, „Heimstatt des Friedens", Anfang 1984 aus britischer Kolonialherrschaft entlassener Zwergstaat an der Küste Nordborneos, ist gerade doppelt so groß wie Luxemburg und nun das jüngste Mitglied der mittlerweile sechsköpfigen Asean-Familie. In der High Commission, der Vertretung Großbritanniens, rätselt man noch immer, was den Sultan bewog, Churchill solch ungewohnte Reverenz zu erweisen. „Churchill war nie hier, und der Sultan hat ihn nie gesehen", wundert sich der erste Sekretär.

In guter britischer Tradition ist das nicht der einzige „Spleen" des 38jährigen Sultans Muda Hassanal Bolkiah, des 29. Herrschers in ununterbrochener Erbfolge. Er ließ jüngst seinen Palast vollenden und residiert in dem Gold- und Marmorgebäude mit seinen 2000 Zimmerfluchten mit dem zweifelhaften Ruhm, im neuen Guiness Book of Records zu stehen.

Aufmerksamkeit erregte der jugendlich wirkende Sultan auch durch seine Flotte von Luxuswagen und seine Begeisterung für das Polospiel. Eine Boeing 727 der Brunei Air Ways, ihrer Passagiersitze entblößt, steht bereit, um bei gegebenem Anlaß die weltbesten Reiter und Polopferde einzufliegen. Bruneis 130 Millionen Mark teures Stadion mit elektronischer Anzeige, moderner Flutlichtanlage und 3000 Pkw-Parkplätzen bietet das Nonplusultra.

Aber noch stärker als Berichte über solche Vorlieben beflügeln die Verheißungen der „Malayischen Moslemischen Republik", wie sie offiziell heißt, die Phantasie der Geschäftsleute und Banker. Denn Brunei schwimmt auf Öl und zeigt sich so unverschämt reich, daß auf seine nachts in Regenbogenfarben beleuchtete Moschee mit ihrer goldenen Kuppel, auf die neuen Ministerien und das islamische Justizgebäude nur das Klischee aus Tausendundeiner Nacht passen mag.

Im Luxushotel Sherington zerbrechen sich Japaner, Australier und Briten den Kopf, wie sie an das Geld des Sultanats herankommen können. Nach den Aufträgen für die Prachtbauten und einige Straßenzüge warten sie auf den neuen Fünfjahresplan, der, so der Sultan es will, mehr Investitionen in Infrastruktur und Leichtindustrie bringen soll und vielleicht auch etwas für die Landwirtschaft.

Deutsche mischen in diesem Spiel so gut wie nicht mit. Die Briten bauten dem Sultan das Hospital, die Japaner den Flughafen, Singapur das Stadion. Nur die Gepäckkulis des neuen Flughafens und einige Hubschrauber der 3500 Mann starken Armee sind „made in Germany". Als einsamer Gastarbeiter vertritt der Koch im Sherington die deutsche Kolonie. Ein Australier, Ehrenvorsitzender der staatlichen Handelskammer: „Die Deutschen sind wohl mehr im arabischen Raum engagiert."

Mit höflichem Understatement geben die Briten zu bedenken, daß die Deutschen Brunei wohl „übersehen" hätten. Bis zur Unabhängigkeit war das Sultanat kommissarisch von der deutschen Botschaft in Singapur mitvertreten worden. Als der Botschafter Anfang des Jahres nach Malaysia versetzt wurde, nahm er sein Steckenpferd Brunei in Personalunion mit.

Über so wenig Interesse der Bonner schütteln nicht nur ausländische Geschäftsleute den Kopf. Denn umgekehrt hat Sultan Bolkiah von seinen Milliardenüberschüssen mit 5,5 Milliarden Mark allein 15 Prozent in Wertpapieren in der Bundesrepublik angelegt. Fast dreimal soviel ging in die USA, ein Viertel an Japan. Solange das Öl fließt (und es soll noch 30 bis 50 Jahre reichen), schwimmt Brunei in Geld. Über acht Milliarden Mark führte die monopolistische Bruneier Shell-Gruppe, mit einem Joint Venture von 50:50 der „Staat im Staate", 1983 an den Sultan ab.

Von dem Reichtum, aus dem sich mit jährlich über 50 000 Mark Asiens höchster Pro-Kopf-Standard errechnet, läßt das Sultanat vorwiegend seine 60 Prozent malayischen Einwohner profitieren. Für sie gibt es keine Einkommensteuer. Medizinische Betreuung und Ausbildung, auch im Ausland, sind gratis, und für die geistige Erbauung werden Mekkaflüge bezuschußt. Auf statistisch jeden dritten Einwohner fällt ein Farbfernseher und auf jede malayische Beamtenfamilie ein vorwiegend japanisches Autos. Als die Umsiedlungspläne des Sultans für seine seit Jahrhunderten in malerischen Pfahlbauten am Hafen wohnenden Untertanen an deren Dickköpfigkeit scheiterten, zeigte er ein Einsehen und ließ die Stadt im Wasser modernisieren; unter anderem durch Parkplätze am Ufer.

Dafür geraten Bruneis Chinesen, immerhin mehr als ein Fünftel der Bevölkerung, ins Abseits. Seit der Unabhängigkeit sind sie, die die Mehrzahl der Geschäfte und Kaufhäuser betreiben, die Ölindustrie am Leben halten und der Motor des Handels sind, staatenlos. Die Bruneier Bürokratie beruft sich auf ein Gesetz von 1961. Wer kein Malaye ist, kann die Staatsangehörigkeit nur durch 20jährigen Aufenthalt und nach einer komplizierten malayischen Sprachprüfung erhalten, die nicht einmal 90 Prozent der Malayen bestehen würden. Auf die Ölbranche wird seit kurzem Druck ausgeübt, ihre chinesischen Angestellten verstärkt durch Malayen zu ersetzen.

Solange das Öl fließt, ist damit auch schon der einzige soziale Sprengstoff benannt in einem Staat, als dessen derzeit größtes Problem die Briten die Langeweile der überwiegend jugendlichen Bevölkerung sehen. „Sie haben alles, nur keine Lust und Möglichkeit zu sinnvoller Tätigkeit."

Über 50 Prozent der Bruneier sind bereits bei der Regierung angestellt, obwohl es offiziell nur sechs Ministerien gibt, die sich die Sultansfamilie untereinander aufgeteilt hat. Jeden Morgen und am Spätnachmittag zur „Rush-hour" verstopfen die Massen von Regierungsangestellten die wenigen Straßen mit ihren klimatisierten Wagen. Während der Bürozeit, so ein britischer Berater der Administration, warten sie auf die Entscheidungen des Hofes.

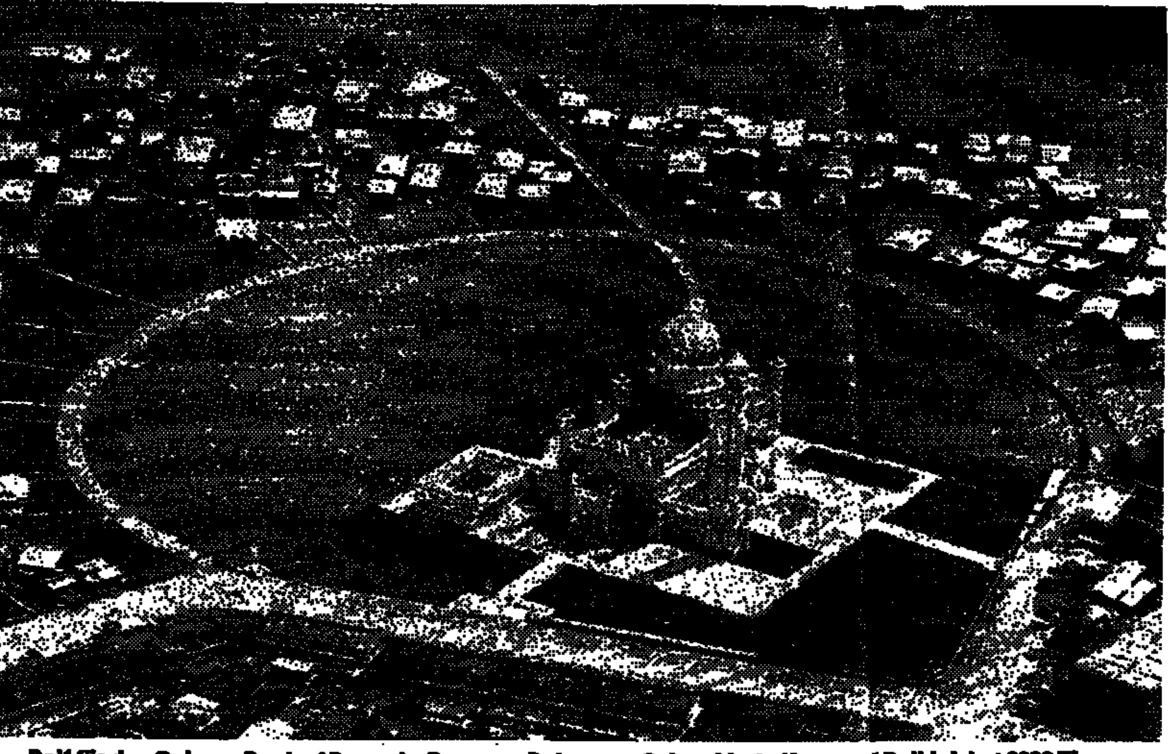
Nach einem halben Jahr Unabhängigkeit zeigt Sultan Bolkiah Selbstbewußtsein. Die Briten müssen sich jetzt anmelden, bevor sie ihn sprechen dürfen. Zu seinem 38. Geburtstag – ein mittlerweile offizieller Feiertag – ließ er sich am 15. Juli mit Glückwünschen an allen Gebäuden lobpreisen. Da der Geburtstag auf Sonntag fiel, wurde er kurzerhand auf Montag verschoben. Nur am heiligen islamischen Freitag kann die Bevölkerung den Sultan beim Besuch der Moschee erleben, so hautnah, wie es sonst nur überraschten Autofahrern ergehen kann. Denn der Sultan teilt schon mal persönlich eine Ohrfeige aus, wenn sein Wagen im Verkehr geschnitten wird.

Unmut kommt dennoch kaum auf, zumal die Sultansfamilie einem gemäßigten Islam anhängt und auch den Weihnachtstag feiern läßt. Vom Fundamentalisten Khomeini hält man in Brunei, das sogar als Aushängeschild eine Frau als Anwältin präsentiert, nicht viel, genauso wenig wie von Arafat, der Anfang August zwar mit dem Sultan in der Moschee beten durfte, aber mit leeren Händen wieder abzog. Fragende Reporter kanzelte der erfolglose Arafat ab: „Nehmen Sie zur Kenntnis, daß ich mich hier wie der Bruder einer Familie fühle."

Sein Demokratiebedürfnis, Ergebnis britischer Erziehung, hat der Sultan-Vater 1962 ein für allemal gestillt, als nach der Wahl die Volkspartei (PRB) alle erreichbaren Sitze errang. Eine Rebellion nutzte er mit Hilfe seiner Lehrer, den Briten, die undankbare Partei aufzulösen. Seither ist das Sultanat empfindlich. Berichte, die die verbotene PRB erwähnen, ahndet es mit dem Index, auf dem unter anderen derzeit Asiens „Far Eastern Economic Review" steht.

Der Gefahr, daß der ölhaltige Happen Brunei von seinen Nachbarstaaten geschluckt wird, verhinderten bisher die Briten. Heute vertraut Brunei nicht nur seinen Ölfreunden, sondern auch auf die Asean, der der finanzkräftige Partner als natürlicher Verbündeter gegen Vietnam und Kambodscha hochwillkommen ist. Die traditionell antikommunistische Sultan-Familie (dies trägt zu ihrer Churchill-Verehrung bei) ließ dann auch im Frühjahr eine eigens zur Unabhängigkeitsfeier angereiste Tass- und „Prawda"-Delegation erst gar nicht ins Land.

Für die innere Sicherheit hält sich der 38jährige an konventionelle Methoden. Ein indisches Gurkharegiment, von ihm bezahlt, schützt den Palast, und in Australien werden Eliteeinheiten der bruneischen Armee im Dschungelkampf trainiert.



Reif für das Guiness Book of Records: Der neue Palast von Sultan Muda Hassanal Bolkiah hat 2000 Zimmer FOTO: LEBEK

BRUNEI
MALAYSIA
Bandar
SABAH
Kuala Lumpur
SARAWAK
BORNEO (KALIMANTAN)
SUMATRA
INDONESIEN
CELEBES (SULAWESI)
JAVA
BALI
FLORES
SUMBA
Indischer Ozean
DIE WELT

Der Sozialplan – Rettungsanker mit neuen Gewichten

Der Vorrang der Sozialpläne bei Konkursen ist wieder hergestellt. Allerdings begrenzte gestern das Kabinett die Höhe auf ein Drittel der Konkursmasse.

Von HEINZ STÜWE

Eigentlich geht es immer um schlechte Nachrichten, wenn von einem Sozialplan die Rede ist. Ob das Stichwort nun Betriebsschließung, Entlassungen oder Konkurs heißt, für die Betroffenen ist es in jedem Fall eine Hiobsbotschaft. Materielle Einbußen, sozialer Abstieg drohen; Folgen, die der Sozialplan mildern soll, obwohl er meist nicht mehr als ein Trostpflaster sein kann.

Seinen Ruf als das Instrument der Krise schlechthin hat der Sozialplan bereits seit den sechziger Jahren. Als damals zahlreiche Zechen und Kokereien stillgelegt werden mußten, standen Tausende auf der Straße, mußten umschulen – nach Jahren hohen ungebrochenen Wachstums eine neue Erfahrung.

Daß die Anpassung einigermaßen reibungslos gelang, lag auch an Sozialplänen, die Abfindungen und Überbrückungshilfen für die Betroffenen ermöglichten. Der Staat sprang ein, betriebliche und öffentliche Unterstützung wurden verzahnt. Bergbauunternehmen erhielten nur dann eine staatliche Stillegungsprämie, wenn sie Sozialpläne aufgestellt hatten. Außerhalb des Bergbaus blieben Sozialpläne zunächst noch eine freiwillige Leistung. Gesetzlich verankert wurden sie erstmals im Jahr 1972 mit dem Betriebsverfassungsgesetz und als „Ausgleich oder Milderung der wirtschaftlichen Nachteile, die den Arbeitnehmern infolge einer geplanten Betriebsänderung entstehen" in Paragraph 112, Absatz 1 definiert.

Der entscheidende Punkt: Der Arbeitgeber konnte nun zur Aufstellung von Sozialplänen gezwungen werden; eine Möglichkeit, die nach dem Gesetz aber an einige Voraussetzungen geknüpft ist: Zunächst einmal muß ein Betriebsrat vorhanden sein, und das Unternehmen muß mehr als 20 wahlberechtigte Arbeitnehmer haben. Wenn in einem solchen Betrieb Maßnahmen geplant sind, die „wesentliche Nachteile für die Belegschaft oder erhebliche Teile der Belegschaft zur Folge haben können", kann der Betriebsrat auf einem Sozialplan bestehen. Kommt mit dem Arbeitgeber keine Einigung zustande, können der Unternehmer oder der Betriebsrat die Einigungsstelle des Unternehmens anrufen. Dieses paritätisch besetzte Gremium (mit einem Vorsitzenden, auf den sich beide Seiten einigen müssen) kann dann verbindlich über den Sozialplan entscheiden.

Natürlich bieten diese Vorschriften Raum für Auslegung und Interpretation. Die Arbeitsgerichte haben ihn in den vergangenen zwölf Jahren genutzt, zu extensiv genutzt, wie vor allem die Arbeitgeberverbände monieren. Dabei geht es beispielsweise um die Frage, welche Betriebsänderungen einen Sozialplan nach sich ziehen müssen. Das Gesetz nennt zwar Beispiele, die von Betriebseinschränkung und Stillegung bis zur Einführung neuer Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren reichen. Doch was ist, wenn Arbeitnehmer entlassen werden, ohne daß Betriebsteile stillgelegt werden, Anlagen verschrottet oder Arbeitsmethoden geändert werden? Das Bundesarbeitsgericht war 1979 der Meinung, daß auch in diesem Fall eines „reinen Personalabbaus" ein Sozialplan zwingend sei.

Wann von „wesentlichen Nachteilen" für die Belegschaft gesprochen werden kann, mußten ebenfalls die Richter präzisieren. Sie entschieden (in Anlehnung an eine Staffel in Paragraph 17 des Kündigungsschutzgesetztes): Werden in einem 500-Mann-Unternehmen 30 Beschäftigte entlassen, ist ein Sozialplan fällig; sind es weniger Entlassungen, nicht.

Über den Umfang von Sozialplan-Leistungen gibt es nur unvollständige Berechnungen und vage Schätzungen. Weniger die Höhe der Abfindungen als vielmehr der Eindruck, daß die Betroffenen unabhängig von ihrer tatsächlichen Lage über einen Kamm geschoren wurden, ließ den Sozialplan in den letzten Jahren in die Kritik geraten. Meldungen häuften sich über Vereinbarungen, die Arbeitnehmer fast ohne Einbußen zu Frührentnern (und möglicherweise zu Schwarzarbeitern) machten. Von Abfindungszahlungen ohne Rücksicht darauf, daß die Empfänger schon am nächsten Tag die Arbeit in einem anderen Betrieb wiederaufnehmen konnten, war die Rede. Vor allem Arbeitgeber verweisen zudem darauf, die unkalkulierbaren Sozialplankosten verhinderten Neueinstellungen.

Bundesarbeitsminister Blüm und seine Mitstreiter werden nicht müde, darauf hinzuweisen, daß die Neuregelungen nur dann greifen, wenn zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat keine einvernehmliche Lösung zustande kommt und die Einigungsstelle angerufen wird. Sie hat bisher nach dem Gesetz die „sozialen Belange der Arbeitnehmer" als auch die „wirtschaftliche Vertretbarkeit ihrer Entscheidung für das Unternehmen" zu beachten; Kriterien, die Blüm jetzt präzisieren will.

So soll beispielsweise ein Arbeitnehmer, der an einem zumutbaren Arbeitsplatz weiterbeschäftigt werden kann (auch nach einem Ortswechsel) und dies ablehnt, vom Sozialplan ausgeschlossen bleiben. Bei Unternehmensneugründungen soll zudem in den ersten vier Jahren kein Sozialplan mehr erzwungen werden können.

Über einen besonders brisanten Punkt hat sich das Kabinett gestern verständigt: Das Bundesverfassungsgericht hatte im Oktober 1983 die frühere Rechtsprechung für verfassungswidrig erklärt, wonach Ansprüche aus Sozialplänen im Konkursfall Vorrang vor allen übrigen Gläubigerforderungen hatten. Die Arbeitnehmer-Ansprüche waren damit praktisch wertlos geworden. Jetzt wird der frühere Vorrang zwar wiederhergestellt, dafür aber der Sozialplan in seiner Höhe begrenzt. Er darf künftig bis zu zweieinhalb Bruttoverdienste der von einer Entlassung betroffenen Arbeitnehmer umfassen, dabei aber ein Drittel der Konkursmasse nicht übersteigen.

Als „Quisling" zum Schimpfwort wurde

Von WALTER GÖRLITZ

Seit dem Zweiten Weltkrieg ist „Quisling" ein Schimpfname für Kollaborateure in besetzten Ländern. Jetzt wird aus Oslo gemeldet, man habe den für verschollen geltenden schriftlichen Nachlaß der Urfigur aller „Quislinge" auf einem Dachboden entdeckt, vielleicht die Lösung mancher Rätsel, die uns Quisling, dem Kollaborateur mit Hitler, hinterlassen hat.

Vidkun Abraham Quisling, geboren 1887, norwegischer Generalstabshauptmann, zeitweilig Militärattaché in Moskau, später Anfang der dreißiger Jahre kurze Zeit norwegischer Verteidigungsminister, war seit etwa 1930 ein Bewunderer des italienischen Faschismus wie des deutschen Nationalsozialismus und überzeugter Gegner des Bolschewismus. Im Frühjahr 1933 gründete er eine eigene profaschistische Bewegung, „Nasjonal Samling", die innenpolitisch ohne Bedeutung blieb. Er fand Unterstützung durch das Außenpolitische Amt der NSDAP, der Domäne des bei Hitler wenig angesehenen Reichsleiters Rosenberg.

Quisling verfehlte nicht, seine deutschen Freunde frühzeitig auf die Möglichkeit hinzuweisen, daß England im Fall eines neuen Krieges sich Norwegens bemächtigen könne. Er entwickelte auch phantastische Putschpläne, die mit deutscher Rükkendeckung ihm die Macht in Norwegen verschaffen sollten. Fraglos trieb ihn ein immenser persönlicher Ehrgeiz, wobei er sich einbildete, der norwegische König Haakon VII. werde

WIE WAR DAS?

seine Pläne billigen, wenn er vor ein Fait accompli gestellt würde – auch einer seiner fatalen Irrtümer.

Quisling erhielt finanzielle Hilfe über das Amt Rosenberg. In den ersten Monaten des Zweiten Weltkrieges 1939/40 übermittelte er deutschen Stellen auch Nachrichten über die norwegische Landesverteidigung. Da man ihm jedoch nie voll vertraute, wurden er und seine politischen Freunde nicht über die deutschen Angriffspläne auf Norwegen am 9. April 1940 informiert.

In dem Moment, in dem deutsche Truppen in Oslo erschienen und der König und die Regierung nach Norden auswichen, drängte sich Quisling am 9. April 1940 nach vorn und präsentierte sich den deutschen Militärs als neuer Ministerpräsident einer nationalen Regierung. Quislings Versuch, mit dem König zu verhandeln, scheiterte. Hitler tolerierte anfangs Quisling, schickte dann jedoch am 24. April einen Reichskommissar nach Norwegen, der die Zivilverwaltung übernahm.

Quisling, der schnöde abgesetzte Ministerpräsident, durfte die Demobilmachung der norwegischen Streitkräfte leiten und wurde Leiter eines Administrationsrates beim Reichskommissar. Erst 1942 konnte er unter deutschen Fittichen wieder eine norwegische Satellitenregierung bilden – ohne sonderliche Befugnisse. Im Volk fand er keinen Widerhall. Als im Frühjahr 1945 der König und die Regierung wieder ins Land zurückkehrten, wurde Quisling, der verratene Verräter, zum Tode verurteilt und am 24. Oktober 1945 erschossen.

Die jetzt gefundenen tausend Schriftstücke und Briefe zeigen nach erster Durchsicht, daß Quisling bereits 1933 Kontakt zu den Nationalsozialisten hatte, auch zu Himmler.

Ceausescu besucht Bonn Mitte Oktober

DW. Bonn/Bukarest

Der *rumänische* Staatspräsident Nicolae Ceausescu wird die Bundesrepublik Deutschland in Begleitung seiner Frau Elena vom 15. bis 19. Oktober auf *Einladung von* Bundespräsident Richard von Weizsäcker besuchen. Dieser Besuchstermin, den das Bundespräsidialamt gestern bekanntgab, wurde bereits von der *amt*lichen rumänischen Nachrichtenagentur Agerpres bestätigt. Ein genaues Besuchsprogramm wird noch ausgearbeitet.

Dem Vernehmen nach wird Ceausescu – der erste Staatsgast von Weizsäckers seit seinem Amtsantritt – von mehreren Ministern und Wirtschaftsexperten begleitet. Unter anderem wird er auch politische Gespräche mit Bundeskanzler Helmut Kohl führen.

Ceausescu hatte bereits im Juni 1973 auf Einladung des damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann der Bundesrepublik Deutschland einen Staatsbesuch abgestattet. Heinemann selbst hatte im Mai 1971 als erstes Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Rumänien offiziell besucht.

Die Presse der „DDR" meldete – entgegen den Gepflogenheiten – den Besuch Ceausescus auf den ersten Zeitungsseiten. Damit unterstreicht Ost-Berlin offensichtlich seine Absicht, die auch von Ceausescu betriebene Gesprächspolitik mit dem Westen fortzusetzen.

Polen attackiert Kirchenzeitungen

J. G. G., Köln

Scharfe Kritik an den Kontakten von Redakteuren polnischer Kirchenzeitungen zu westdeutschen Bischöfen hat das polnisch-kommunistische Jugendorgan „Sztandar Mlodych" geübt. Die Zeitung attackierte insbesondere Redakteure und Mitarbeiter der Wochenzeitungen der Bistümer Krakau, Kattowitz und Danzig. Sie tummelten „sich am liebsten als Pilger in den Salons westdeutscher Bischöfe, die seinerzeit hitleristische Bomben *vor ihren Flügen gen Madrid und spä*ter gen Warschau segneten". Die Zeitung verlangte indirekt die sofortige Einstellung solcher Kontakte.

„Sztandar Mlodych" hielt den Redakteuren weiter vor, es gehe ihnen um einen Kirchenkampf, einen „totalitären Theokratismus" in Polen. Ihnen mangele es an „patriotischen Ge*fühlen, an elementaren Grundsätzen* der Ehrlichkeit und an einem Minimum der Loyalität" gegenüber der polnischen Führung.

Es sei doch sehr merkwürdig, daß Beiträge, die wegen „Beleidigung und Diffamierung" der polnischen Volksmacht von der Zensur beschlagnahmt worden seien, bald dar*auf unzensiert in der Exilpresse* oder im Münchner US-Sender Radio Free Europe ausgestrahlt würden. Man sollte sich überlegen, diesen Wochenzeitungen die Papierzuteilung zu drosseln.

Asylbewerber werden gleichmäßig verteilt

F. D. Berlin

Das Berliner Verwaltungsgericht hat zwei polnische Asylbewerber abgewiesen, die gegen einen Zuweisungsbescheid des Berliner Landessenators geklagt hatten. Die Exilpolen, ehemalige Mitglieder der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", waren aufgefordert worden, innerhalb einer Woche nach Bergkamen (Nordrhein-Westfalen) umzusiedeln.

Die Polen, die dagegen Einspruch erhoben hatten, beschieden die Richter, es sei Sinn des Verteilungsverfahrens, die Bundesländer gleichmäßig mit Asylbewerbern zu belasten und nicht, für den einzelnen Asylbewerber optimale Bedingungen zu schaffen.

Leinen sagt Lafontaine Wahlkampfhilfe zu

DW. Saarbrücken

Der Vorsitzende des Bundesverbandes Bürgerinitiativen/Umweltschutz (BBU), Josef Leinen, will sich aktiv für *eine SPD-geführte Lan*desregierung im Saarland einsetzen. Nach Gesprächen mit dem Saarbrükker Oberbürgermeister und SPD-Landesvorsitzenden Oskar Lafontaine erklärte Leinen, er halte einen Regierungswechsel im bisher von einer CDU/FDP-Koalition regierten Saarland für wichtig und wolle deshalb alles dazu beitragen, daß die SPD unter der Führung Lafontaines bei der Landtagswahl am 10. März 1985 eine regierungsfähige Mehrheit erringe.

Spekulationen über einen Eintritt des 36jährigen gebürtigen Saarländers und SPD-Mitglieds Leinen in sein *Schattenkabinett zur Landtags*wahl am 10. Mai 1985 wollte Lafontaine zum jetzigen Zeitpunkt allerdings nicht bestätigen. Leinen, Rechtsanwalt in Freiburg, ist im Gespräch für das Amt des Umweltministers.

FDP mit dem Rücken zur Wand und Lafontaine ante portas

Von GEORG BAUER

Mit der Ruhe in der Staatskanzlei in Saarbrücken, Sitz des christdemokratischen Ministerpräsidenten, ist es vorbei. Der Hausherr, Werner Zeyer, hat seine Arbeit nach einem Kururlaub in Bad Reichenhall wieder aufgenommen. Doch für wie *lange noch? Wird er auch über den* 10. März hinaus, den Tag der Landtagswahl, Ministerpräsident des Saarlandes sein? Oder zieht der Sozialdemokrat Oskar Lafontaine, Herausforderer Zeyers, als neuer Ministerpräsident in die Staatskanzlei ein? Noch bedrohlicher stellt sich die Lage der FDP dar. Die Freidemokraten, die in der Regierungsverantwortung stehen, konzentrieren ihre Kräfte vor allem auf eins: das Überleben.

Die Chancen für die CDU unter *Führung Zeyers und die FDP* scheinen nicht gerade günstig. Zwar ist das Dauerthema um den Stahlkonzern Arbed Saar nach Zuschüssen von Bund und Land in Höhe von mehr als drei Milliarden Mark vorerst kein Krisenthema mehr, doch schwarze Zahlen und damit Ruhe an der Front und Frieden in der Bevölkerung herrschen noch lange nicht. Erst kürzlich mußte Saarstahl wieder eingestehen, das Betriebsergebnis sei für das Geschäftsjahr 1983 trotz spürbarer Belebung des Stahlmarktes erneut negativ. Aber so nahe am Abgrund wie im vergangenen Jahr steht das Unternehmen mit seinen rund 15 000 Beschäftigten nicht mehr. Ein Erfolg, den die Christdemokraten vor allem auf die Beharrlichkeit und das Verhandlungsgeschick Zeyers zurückführen.

Erst vor kurzem vernahm man daher auch aus dem Munde des neuen Finanzministers Edmund Hein, die Überlebensfrage stelle sich nicht mehr. Vorsichtig optimistisch gab sich auch der Sprecher des Ministerpräsidenten. Die Situation habe sich spürbar entspannt und die Schere zwischen Planzahlen und Verkauf verkleinert, erklärte Hans Georg Baum. *Etwas forscher fügte er hinzu:* „Wir gehen davon aus, daß wir das Klassenziel erreichen." Ein Frist nannte er jedoch nicht.

Baum nutzte die Gelegenheit, um *Lafontaine, Oberbürgermeister* Saarbrückens, den nicht wenige Saarländer als neuen Ministerpräsidenten sehen, vorzuwerfen, er stelle Parteiinteressen über Landesinteressen. Baum: „Lafontaine ist sich der Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit nicht bewußt." Er sei der Regierung in ihren Bemühungen um die Schaffung von Arbeitsplätzen mehrfach in den Rücken gefallen. Als Beispiel verwies Baum auf die Bewerbung des Saarlandes als Standort für eine großtechnische Anlage zur Kohleverflüssigung, um das sich das kleinste Bundesland in Konkurrenz mit Nordrhein-Westfalen in Bonn bemüht. Hier habe Lafontaine mit seiner Äußerung, eine solche Anlage sei

Landesbericht Saarland

zu teuer, für Irritationen in Bonn gesorgt.

Als weiteres Beispiel führte der Sprecher der Staatskanzlei den Ausbau der Saar an, der – so will es die Planung – einmal bis Saarbrücken weitergeführt werden soll. Das Saarland, das sich vor allem um eine Förderung des Mittelstandes bemüht, erhofft sich dank einer engeren Anbindung an das Wasserstraßennetz einen zusätzlichen Anreiz für die Wirtschaft aufgrund günstigerer Transportkosten. Hier habe Lafontaine einen „Kurs der Obstruktion" eingeschlagen, als er gefordert habe, die Gelder vom Bund für andere Investitionen in Saarbrücken zu nutzen.

Angesichts solcher Äußerungen und einer möglichen rot-grünen Zusammenarbeit setzen die Christdemokraten nach den Worten ihres parlamentarischen Geschäftsführers Günther Schwarz auf den „Realitätssinn der Saarländer". Schwarz: „Wichtig ist, daß die Saarländer wissen, bei wem die Landesinteressen am besten aufgehoben sind."

Als Bonus im Wahlkampf sehen sie aber auch den guten Draht Zeyers zum Bundeskanzler. Diese Karte, so scheint es, soll unter dem Motto *„Bund und Land – Hand in Hand"* voll ausgespielt werden.

Realitätssinn? In den Reihen der CDU ist es unzweifelhaft, daß die Grünen im neuen Landtag vertreten sein werden. Daran ändert auch die im Zuge der Kabinettsumbildung im Juli vorgenommene Berufung Berthold Budells, eines promovierten Biologen, in das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen nichts. Zwar gilt Budell schon seit Jahrzehnten als engagierter Umweltschützer, doch der neue Mann, dessen Ministerium wegen gegenläufiger Interessen unter dem gleichen Dach nach der Wahl aufgegliedert werden soll, vermag den eindeutigen Trend für die Grünen wohl nicht zu stoppen.

Lagen die Grünen bei den vergangenen Landtagswahlen im April 1982 mit 2,9 Prozent noch deutlich unter der Fünf-Prozent-Hürde, so verbuchten sie bei der Bundestagwahl im März vergangenen Jahres stattliche 4,8 Prozent. Bei den Europawahl am 17. Juni schafften sie dann mit 6,6 Prozent den Durchbruch.

Und die Freidemokraten? Der – so die CDU – „natürliche Partner" für *eine Koalition steht mit dem Rücken* zur Wand. Sicher, sie geben sich optimistisch: „Wir gehen davon aus, daß wir wieder mit vier Abgeordneten im Landtag vertreten sein werden", erklärt Josef Ley, der Fraktionsvorsitzende.

Ihr Programm ist – wie auf Bundesebene – eine Mischung aus Öko*logie und Ökonomie*. In Personen festgemacht, eine Mischung aus dem neuen Wirtschaftminister Horst Rehberger und dem FDP-Umweltexperten Professor Müller, vormals Präsident der Saar-Universität. Rehberger, der Import aus Baden-Württemberg und aller Wahrscheinlichkeit nach zukünftige FDP-Parteivorsitzende, der Mitte September auf dem Landesparteitag gewählt werden soll, ist neben Müller die große Hoffnung der FDP.

Das Tief aber scheint in der Koali*tion, zumindest auf Seiten der Christ*demokraten, überwunden. Doch ob das reicht? Oskar Lafontaine steht ante portas und klopft vernehmlich an die Tür der Staatskanzlei.

Bonn: Verminderung neuer Verkehrswege

Im Gemeinde-Straßenbau wird sogar an „Rückbau" gedacht

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Zur „Trendwende im Landverbrauch", die Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann mit dem Entwurf einer „Bodenschutzkonzeption der Bundesregierung" in Bonn vorstellte, gehört auch die vorgesehene drastische Verminderung neuer Verkehrswege. Die Straßenverkehrsfläche in der Bundesrepublik Deutschland beträgt 4,7 Prozent der Gesamtfläche, womit die vierthöchste Straßennetzdichte der Welt (nach Belgien, Japan und den Niederlanden) hergestellt ist.

Künftig sollen, so die Bodenschutzkonzeption, vor allem bereits *vorhandene* Verkehrswege bei Bedarf ausgebaut werden, es wird immer schwieriger sein, neue Trassen durchzusetzen. Angesichts dieser Situation hat Bundesverkehrsminister Werner Dollinger am Dienstag bei der Freigabe eines Teilstücks der mit 250 Millionen Mark für 5,2 Kilometer teuersten Bundesstraße zwischen Bonn und Königswinter auch den hohen Umweltschutz und Lärmschutz, der beim Bau beachtet wurde, hervorgehoben.

Im Straßenverkehr wuchs die Länge der Gemeindestraßen zwischen 1970 und 1983 um etwa 44 000 Kilometer an. Gleichzeitig erhöhte sich die Länge der überörtlichen Verkehrsstraßen um 11 000 Kilometer auf 175 000 Kilometer.

Größter Blei-Emittent

Die befestigten und unbefestigten land- und forstwirtschaftlichen Wege, so der Text des Bonner Entwurfs aus dem Bundesinnenministerium, weisen heute eine Länge von knapp 250 000 Kilometer auf. Wörtlich heißt es dazu: „Verkehrsflächen bewirken durch eine hohe Netzdichte eine Zerschneidung bisher ungeteilter Landschaftsräume und beeinträchtigen die Bodenfunktionen durch mechanische und chemische Belastungen." Ökologische Trennwirkungen seien dabei nicht nur auf überörtliche Verkehrswege beschränkt, sondern könnten auch von relativ schmalen und wenig befestigten Wegen ausgehen.

Was Verkehrsstraßen bewirken können, ist aktenkundig. Der Kraftverkehr ist immer noch der größte Blei-Emittent. Zwei Drittel der Bleiimissionen gegen auf ihn zurück, und in Böden bis zu 100 Meter Entfernung rechts und links der Fahrbahnen treten deutlich erhöhte Bleigehalte auf.

Zu den Lösungsansätzen, die das Bodenschutzkonzept der Bundesregierung auf diesem Sektor aufzeigt, gehört im Stadt- und Nahverkehr die Reduzierung des Verkehrsflächenbedarfs im gesamten Umland und die *Förderung des öffentlichen* Personennahverkehrs.

Neue Konzepte

Bei einer anstehenden Überprüfung des Gemeindestraßenbaus wird sogar an „Rückbau" gedacht. Gefordert wird ferner eine grundsätzliche Neuorientierung der kommunalen Generalverkehrspläne und der Verzicht auf eine einseitig kraftverkehrsorientierte Ausrichtung.

Beim Fernverkehr soll durch investitions- und ordnungspolitische Bevorzugung des Eisenbahnverkehrs, zum Beispiel durch Kontingentierung des Frachtverkehrs und durch Tarifpolitik eine Trendwende herbeigeführt werden. In Gebieten, die bei großräumigen Verbindungen gute Erreichbarkeitsverhältnisse haben, wird an eine Kürzung der Ausbaupläne gedacht.

Bei allen Straßentypen wäre nach dem Vorschlag der Bodenschutzkonzeption der Ausbaustandard kritisch zu überprüfen. Das könnte bedeuten, daß Straßen nicht mehr so breit werden, wie eigentlich vorgesehen. Schließlich gehört zur Veränderung beim Fernverkehr auf der Straße das Vorhaben, organisatorische Maßnahmen zur besseren Ausnutzung verschiedener Verkehrskapazitäten zu treffen, zum Beispiel durch erleichterte Umsteigemöglichkeiten.

Alle diese Vorhaben sollen der zunehmenden „Versiegelung" der Bodenoberfläche mit undurchlässigem Material gegensteuern. Im Kapitel „Leitlinien" des Bodenschutzkonzeptes wird außerdem als Ziel genannt „weitgehende Sicherung freier Landschaften vor weiterer Zerschneidung durch Bundesfernstraßen".

Hernu: Europa muß bei Rüstung kooperieren

AFP, Paris

Der französische Verteidigungsminister Charles Hernu sieht in der westeuropäischen Rüstungszusammenarbeit die einzige Möglichkeit für Frankreich zur Wahrung seiner Autonomie in der Verteidigungspolitik. In einem gestern in der Pariser Zeitung „Le Figaro" veröffentlichten Artikel nannte Hernu das geplante europäische *Kampfflugzeug* der 90er Jahre als jüngstes Beispiel für diese Kooperation.

Das Flugzeug soll in Zusammenarbeit zwischen Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Spanien und Großbritannien entwikkelt werden und in zunächst 1000 Exemplaren ab 1996 in den Streitkräften der fünf Staaten eingeführt werden. Ohne eine solche Zusammenarbeit, die auch im Interesse der anderen europäischen Partner liege, könne die französische Rüstungsindustrie der amerikanischen und europäischen Konkurrenz nicht allein standhalten, schrieb Hernu. Nur die Kooperation stelle die Erhaltung der einer Frankreich würdigen technologischen Entwicklungsstufe sicher.

Sowjet-Offensive gegen Mudschahedin

AP, Neu-Delhi

Die sowjetischen Truppen in Afghanistan haben nach Informationen aus diplomatischen Kreisen in Islamabad in der vergangenen Woche in der Südprovinz Paktia eine neue Großoffensive gegen die islamischen Mudschahedin begonnen. Dazu seien zwei sowjetische Regimenter und eine Brigade mit zusammen 12 000 bis 14 000 Soldaten in das Grenzgebiet zu Pakistan entsandt worden, um den dort belagerten drei afghanischen Militärstützpunkten zu Hilfe zu eilen. Das sei die größte sowjetische Truppenkonzentration in dem Gebiet seit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan im Dezember 1979.

Die etwa 25 Kilometer von der pakistanischen Grenze entfernte Kaserne Ali Chel *wird seit fünf Wochen von* den Mudschahedin belagert. Ein Entsatzheer aus Hassan Chel wurde jüngst von den Widerstandskämpfern abgefangen und zurückgeschlagen. Die ebenfalls eingeschlossene Kaserne in Hesbarak wird von den Sowjets mit Hubschraubern versorgt. Da die Maschinen aus Furcht vor Raketenangriffen in großer Höhe fliegen, fällt ein Teil der abgeworfenen Nachschubgüter regelmäßig in die Hände der Mudschahedin. Außerdem soll es den Widerstandskämpfern in den vergangenen Tagen gelungen sein, mindestens vier Kampfhubschrauber außerhalb von Kabul abzuschießen.

Pendelmission bei Afghanistan-Runde

Zü. Genf

Mit einer neuen Verhandlungsmethode sind in Genf gestern die Bemühungen um eine diplomatische Lösung des Afghanistan-Problems fortgesetzt worden. *Am Freitag hatte die* dritte Afghanistan-Runde unter Beteiligung Kabuls, Islamabads und Teherans begonnen.

Seit Montag befinden sich erstmals die beiden Delegationen aus Pakistan und Afghanistan gleichzeitig im UNO-Gebäude, um den Ablauf der „indirekten" Verhandlungen zu straffen. Allerdings sitzen sie in zwei verschiedenen Sälen, da sich Pakistan weigert, mit der im Dezember 1979 von den Sowjets eingesetzten Regierung von Babrak Karmal direkt zu verhandeln. Der aus Ecuador stammende UNO-Sonderbeauftragte Diego Cordovez pendelt als „Briefträger" zwischen dem afghanischen Außenminister Mohammed Dost und seinem pakistanischen Kollegen Yakub Khan hin und her. Iran, das zweite Nachbarland, läßt sich über den Gesprächsverlauf berichten. Nicht eingeladen *wurden die unter sich zer*strittenen afghanischen Widerstandsgruppen und auch nicht die Sowjetunion. Die Kreml-Führung versicherte allerdings den UNO-Bemühungen Unterstützung, weil sie auf diese Weise eine Anerkennung der Regierung in Kabul zu erzielen hofft.

Auf der Tagesordnung stehen seit Verhandlungsbeginn im Juni 1982 vier Punkte: Für Pakistan sind es ein sowjetischer Truppenrückzug und Garantien für die Rückkehr der vier Millionen Flüchtlinge in Pakistan und Iran, für Afghanistan internationale Garantien der Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten. Hauptproblem in Genf ist jedoch, daß sich Moskau über Kabul nicht auf einen Zeitplan für einen Truppenrückzug einlassen will. Für die Sowjets sei dies eine Frage der bilateralen afghanisch-sowjetischen Beziehungen. Für die pakistanische Delegation gilt jedoch nur ein klar definierter Truppenrückzug innerhalb von sechs Monaten als Voraussetzung für einen Verhandlungsdurchbruch.

DIE WELT (USPS 403-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Das „große Schweigen" über die Deutschen in der Sowjetunion

Gedenktag für die Opfer der stalinistischen Zwangsdeportation / Neue Schikanen

WERNER KAHL, Bonn

Auf zunehmend schwierigen Probleme der *Deutschen in der UdSSR*, die in der Bundesrepublik häufig mit nur geringem Interesse noch wahrgenommen würden, hat der Menschenrechtspolitiker Claus Jäger hingewiesen. Über die Lebensverhältnisse von zwei Millionen Deutschen in der Sowjetunion ist nach den Worten des CDU-Bundestagsabgeordneten in Kirchen, Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik das „große Schweigen" ausgebrochen. Jäger, der auch Vorsitzender der deutschen Sektion der Europäischen Konvention für Menschenrechte ist, sprach anläßlich des Gedenktages für die Opfer der Stalinistischen Zwangsdeportation und die heute in der UdSSR lebenden Deutschen.

Viele Zuhörer weinten, als auf der Gedenkveranstaltung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) neue Schikanen gegen verwandtschaftliche Bindungen zur Sprache gebracht wurden. Eine Mutter darf jetzt zum Beispiel den Sohn oder die Tochter in der Sowjetunion nur noch besuchen, wenn das Betriebskollektiv in einer Versammlung der Einladung zugestimmt hat. Sohn und Schwiegertochter einer in Schwäbisch-Gmünd lebenden Frau, *die ihre* Kinder im Mai in Alma Ata treffen wollte, wurden von Geheimpolizei und Miliz daran gehindert, ih*re Kolchose zu verlassen und in die* Stadt zu fahren.

Am Morgen des 21. Mai, als die Mutter mit einem Touristenvisum in Alma Ata eingetroffen war, durchsuchte die Polizei unter dem Vorwand, in der Nachbarschaft sei Geld gestohlen worden, die Wohnräume der Kinder; die schwangere Schwiegertochter wurde mit der Begründung, sie müsse aus gesundheitlichen Gründen untersucht werden, in eine Klinik zwangseingewiesen. Vergeblich wartete die Mutter in dem ihr zugewiesenen Touristenhotel auf den Besuch der Kinder. Nachdem die Frau nach Deutschland zurückgekehrt war, erklärte die Miliz den Fa*milienangehörigen, sie dürften von* sofort an wieder nach Alma Ata.

Die Zahl der Ausreisegenehmigungen für sogenannte „Rußland-Deutsche" hat den niedrigsten Stand erreicht. In einer bisher nicht genau bekannten Anzahl von Fällen wurde Familien zwar „Deutschland" als Reiseziel genehmigt; der Transport endete jedoch in Sachsen oder Thüringen.

SED-Funktionäre in den Behörden und mißtrauische Nachbarn weigerten sich jedoch nicht selten, so heißt es in Berichten aus Mitteldeutschland, Zuwanderer aus der Sowjetunion als deutsche Landsleute anzuer*kennen. „Ihr seid Russen", wurde ei*ner Familie in Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) erklärt. Als die Familienangehörigen die Eingliederung als Deutsche beantragten, wurden sie zwar aus sowjetischer Staatsbürgerschaft entlassen, aber fortan als „Staatenlose" eingestuft.

Proteste ahndete der Staatssicherheitsdienst 1983 mit der Verhaftung der volljährigen Familienmitglieder: Mutter und Schwiegertochter wurden im Frauenzuchthaus Hoheneck (Erzgebirge) inhaftiert, der Vater – ein Busfahrer – in ein sächsisches Gefängnis gesperrt. Den Sohn nahm die Geheimpolizei fest, als er ratsuchend aus der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik *Deutschland in Ost*-Berlin nach Chemnitz zurückgekehrt war. Mit der Ausreisewelle dieses Frühjahrs wurde die Familie ebenfalls in die Bundesrepublik abgeschoben und gründete in Württemberg eine Existenz.

„Ohne Leisetreterei und falsche Rücksichtnahme", so der Bundestagsabgeordnete Claus Jäger, muß jetzt in Moskau „über konkrete Verbesserungen für die in der Sowjetunion lebenden Deutschen verhandelt werden."

Madrid über Maghreb-Allianz besorgt

ROLF GOERTZ, Madrid

Den Maghreb von seinem weichen Unterleib her aufzurollen – das ist das Fernziel der Expansionspolitik des libyschen Revolutionsführers Oberst Khadhafi. Das jedenfalls ergibt sich aus einer Studie, die der Pioniermajor Fernando Ripoll gestern mit Genehmigung des Verteidigungsministeriums auszugsweise im regierungsnahen Blatt „El Pais" wiedergibt.

Die vereinbarte Staatenunion zwischen Libyen und Marokko schafft den Libyern freie Hand in Tschad und erlöst Marokko von dem Druck der Polisario-Armee in der ehemals spanischen Sahara. Khadhafi unterstützt die Polisario-Rebellen nicht mehr.

Als König Hassan seinen Landsleuten diese *Vorteile* des Bündnisses darlegte, ließ er jedoch eine Bemerkung fallen, auf die man in Spanien eigentlich schon seit langem gewartet hatte: Und vergessen wir nicht die beiden Städte im Norden. Gemeint sind die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla. Aus spanischer Sicht kann das Bündnis nunmehr dazu beitragen, diese beiden Städte mit den einzigen festen Häfen an der marokkanischen Mittelmeerküste unter die Oberhoheit Rabats zu bringen.

Eine Aufrechnung der Streitkräfte Marokkos und Libyens einerseits und Spaniens andererseits zeigt eine deutliche Überlegenheit der vereinten arabischen Kräfte, vor allem in der Luft. Spanien verfügt zwar über eine weitaus überlegenere und auch handlungsfähigere Seestreitmacht, sieht sich aber mit 226 Kampfflugzeugen den 655 Kampfflugzeugen der beiden Maghreb-Länder weit unterlegen, zumal Libyen über eine große Anzahl sowjetischer MiG-25 verfügt. Die Sowjetunion sieht in der libyschen Luftflotte gewissermaßen eine eigene Eingreifreserve.

Im Grunde genommen basiert die neue Verteidigungskonzeption Spaniens auf einem möglichen Angriff vom Süden. In Andalusien wird die zur Zeit in Madrid stehende Panzerdivision Brunete stationiert; dort werden auch die meisten der 72 in den Vereinigten Staaten gekauften Jagdbomber vom Typ F-18 a untergebracht. Die Maschinen wurden danach ausgewählt, ob sie auch libysche Zentren von Spanien aus angreifen könnten.

Die Unmöglichkeit, die Luftüberlegenheit Libyens aus eigenen Kräften auszugleichen, bringt Spanien automatisch der NATO näher. Insofern kommt Madrid das libysch-marokkanische Zusammengehen gerade zur rechten Zeit. Die NATO-Befürworter in der Regierung González sind nunmehr in der Lage, ihren Genossen auf dem entscheidenden Kongreß der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens im Dezember nicht nur den Verbleib in dem Verteidigungsbündnis, sondern auch in seiner militärischen Struktur schmackhaft zu machen.

Marokko unterhält seit seiner Selbständigkeit ein Stützpunkt- und Militärabkommen mit den Vereinigten Staaten. Hassan denkt gar nicht daran, diese Position aufzugeben, zumal die USA seine Streitkräfte mit den entscheidenden Waffen zur Beherrschung des nützlichen Teils der ehemals spanischen Sahara ausrüsteten. So liegt denn vieles an den USA und der NATO, zwischen Marokko und Spanien einen Status für Ceuta und Melilla auszuhandeln, der einen möglichen Konfliktstoff ausräumt. Spanien möchte, daß die beiden Enklaven als spanisches Territorium dem Verteidigungsbereich der NATO integriert werden. (SAD)

Schwedens Bürgerlichen fehlt gemeinsame Linie

Schlechte Erfahrungen ihrer Regierungszeit wirken nach

R. GATERMANN, Stockholm

Vor den Parlamentswahlen 1976, die *dazu* führten, *daß* die Sozialdemokraten nach 44jähriger Herrschaft auf die Oppositionsbank wechseln mußten, hatten die drei nicht-sozialistischen Parteien im Reichstag, die Zentrumspartei, die gemäßigt konservative Sammlungspartei und die liberale Volkspartei, erklärt: Bekommen wir eine Mehrheit, regieren wir *zusammen*.

In etwa einem Jahr werden die Schweden wieder zur Wahlurne gerufen. Bisher hat es aber noch keine ähnliche Versicherung der Bürgerlichen gegeben, und es erscheint fraglich, ob sie überhaupt kommt. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Einer ist, daß man die teilweise schlechten *Erfahrungen des gemeinsamen* Regierens noch nicht vergessen hat und mit den Folgen einer mißglückten Politik in den ersten Jahren noch immer leben muß. Damals führte man einerseits die sozialdemokratische Sozialpolitik weiter und versuchte andererseits, die eigenen Wahlversprechen einzulösen.

*Im nachhinein lassen sich die Fehl*entscheidungen ziemlich genau einkreisen. Um dem Vorwurf der Opposition zu entgehen, die soziale Demontage des Wohlfahrtsstaates zu betreiben, griff das erste Kabinett Fälldin hier kaum ein und behielt damit auch die enorme automatische Kostenentwicklung. Es versuchte, die sich abzeichnende Konjunkturflaute mit großzügigen Zuschüssen sowohl für Warenlager als auch zur Arbeitsplatzerhaltung zu überbrücken. Auch hier folgte man weitgehend dem in *früheren Jahren von den Sozialde*mokraten beschrittenen Weg.

Zu lasche Politik

Gleichzeitig forderten die bürgerlichen Wähler jedoch die Einlösung der Wahlversprechen, wie den Abbau der Lohnsummensteuer und eine Senkung der *Mehrwertsteuer. Ein tie*fes Loch in der Staatskasse war die Folge.

Schweden, das 1976 auf dem inter*nationalen Kapitalmarkt als* Kreditnehmer unbekannt war, wurde innerhalb weniger Jahre zu einem bedeutenden Kunden. Auch wenn man berücksichtigt, daß eine wichtige Ursache dieser Entwicklung noch von den Sozialdemokraten in deren letzten Regierungsjahren initiiert worden war, bleibt an der nicht-sozialistischen Koalition der Vorwurf haften, aus Furcht vor sozialdemokratischer Kritik eine zu lasche Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik geführt zu *haben, zumindest bis 1980. Als sie* dann den Rotstift ansetzte und den Gürtel enger schnallte, war es zu spät, um den Schaden zu beheben.

Hinzu kamen deutliche Zeichen einer in sich gespaltenen Koalition. Die unterschiedlichen Auffassungen in der Kernkraftfrage lösten 1978 den Fall des ersten Kabinetts Fälldin aus. Der Steuerkompromiß des Zentrums und der Liberalen mit den Sozialdemokraten knapp ein halbes Jahr vor der Wahl 1982 führte zum Auszug der Konservativen aus der Regierung. Seitdem haben es die Bürgerlichen schwer, zu einer gemeinsamen politischen Linie zu finden, die über den ideologischen Widerstand gegen die Sozialdemokratie hinausgeht, und geschlossen als Alternative zum Kabinett Olof Palme aufzutreten. Aus den Jahren bürgerlicher Regierung ist nur noch Thorbjörn Fälldin als Parteivorsitzender übriggeblieben.

Parteichefs verschlissen

Die um ihre Existenz kämpfenden Liberalen verschlissen seit 1976 zwei Parteichefs, scheinen jetzt aber mit Sten Westerberg (45) eine Persönlichkeit gefunden zu haben, die der Partei *ein klareres Profil gibt und beim* Wähler Anklang findet. Bei den Konservativen löste Ulf Adelsohn (42) den sehr beliebten Gösta Bohman (74) ab; er hat Schwierigkeiten, an dessen Erfolge anzuknüpfen. Dennoch sind die Konservativen zur bei weitem größten nicht-sozialistischen Partei geworden.

Dies erschwert ein mögliches neues Zusammengehen, denn die beiden Parteien der Mitte hegen starke Bedenken gegen einen konservativen Regierungschef. Ulf Adelsohn hält es *andererseits für selbstverständlich*, daß bei einem bürgerlichen Wahlsieg ihm dieser Posten zufallen müßte. Auch 1976 stellte der größte Koalitionspartner den Ministerpräsidenten. Damals war es die Zentrumspartei, die inzwischen aber von 24 auf 14 Prozent geschrumpft ist, während die Sammlungspartei auf über 25 Prozent wuchs.

Angesichts der Ausgewogenheit der politischen Blöcke taucht immer wieder die Frage nach einer Koalition *zwischen Sozialdemokraten und ei*ner nicht-sozialistischen Partei auf. Stand Mitte der siebziger Jahre die Volkspartei als eventueller Partner im Vordergrund, wird jetzt häufig das Zentrum genannt. Aber Fälldin ist von der Partei Olof Palmes enttäuscht. Sie habe sich nicht an die Steuervereinbarung von 1982 gehalten. Zudem kann er ihr nicht die Einführung der Arbeitnehmerfonds verzeihen.

Im übrigen: Wären heute Wahlen in Schweden, *gäbe es* erneut eine Mehrheit für den sozialistischen Block.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Bringschuld der Gymnasien!

„Niveau-Verlust der deutschen Abiturienten"; WELT vom 2. Juli

Prof. Berchem, der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, hat der Mehrzahl der Studienanfänger ein sehr schlechtes Zeugnis ausgestellt. Er hat erklärt, die meisten Studienanfänger seien wenig belastbar, verfügten kaum über Lerntechniken und hätten Kommunikationsschwierigkeiten. Weiter beklagte er mangelhafte Ausdrucksfähigkeit, schlechte Rechtschreibung und fehlende mathematische und fremdsprachliche Kenntnisse.

Wir wissen, daß diese Kritik für eine Vielzahl von jungen Menschen zutrifft, denen die Allgemeine Hochschulreife bescheinigt ist. Wichtig ist jedoch, deutlich zu machen: Nicht die Abiturienten sind schuld an diesen Mängeln; die Schuld liegt bei den für die Schulen in unserem Land Verantwortlichen.

Wenn man Gründen nachspürt, trifft man mit Gewißheit auf folgende Ursachen:

- Funktionsträger im Schulbereich haben lange der pädagogischen Wunschvorstellung angehangen, die Schule könne junge Menschen nach Belieben „begaben".
- Leistung wurde verteufelt – in allen möglichen Bereichen.
- Schulreformen veränderten unsere Schulen, verbreiteten Unsicherheit und ließen alle bisherigen Vorgaben an Werten und Anforderungen fraglich werden.

Aus dieser mißlichen Lage muß schnellstens ein Ausweg gefunden werden!

So berechtigt die Kritik von Prof. Berchem ist, so wenig läßt sich sein Lösungsvorschlag gutheißen. Er hält es für richtig, die Schulzeit im Gymnasium auf 12 Jahre zu verkürzen und ein einjähriges studienfeldbezogenes Vorbereitungsjahr einzuführen, an dessen Ende eine Prüfung die Berechtigung zum Studium unter Beweis stellen soll.

Das Abitur bedeutete dann nicht mehr den Ausweis der Allgemeinen Hochschulreife. Dieser Weg würde die Gymnasien in ihrer Existenz gefährden, denn ihr Bildungsziel ist die Allgemeine Hochschulreife. Bei diesem Ziel muß es bleiben. Dem Vorschlag von Prof. Berchem ist ein „Nein" entgegenzusetzen.

Der nordrhein-westfälische Kultusminister Schwier hat sich gegen eine Verkürzung der Gymnasialzeit und eine Änderung des Abiturs ausgesprochen. Das ist zu begrüßen, allerdings auch nur diese allgemeine Aussage.

Zunächst ist die von ihm erhobene Forderung nach einer Koordinierung von Unterrichts- und Prüfungsinhalten zwischen Schule und Hochschule längst auf dem Tisch. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat bereits im Februar 1982 geltend gemacht, was sie an Änderungen im Konzept der gymnasialen Oberstufe für unerläßlich hält, u. a. Pflichtunterricht in Deutsch, mindestens einer aus der Mittelstufe fortgeführten Fremdsprache, Geschichte, Mathematik und einer Naturwissenschaft bis zum Abitur. Die Forderungen der Westdeutschen Rektorenkonferenz müssen von allen Kultusministern vollständig übernommen werden, auch vom nordrhein-westfälischen, der zwar einige Schritte in die richtige Richtung getan, aber die Zügel nicht in ausreichender Weise angezogen hat. Es ist nicht die Aufgabe der Hochschulen, ihren Studienanfängern die Hochschulreife zu vermitteln, es ist Aufgabe der Gymnasien, hochschulreife Abiturienten zu entlassen. Die Hochschulreife ist eine Bringschuld der Gymnasien! Der Elternverein Nordrhein-Westfalen hat den Kultusminister von Nordhein-Westfalen in einem grundsätzlichen Schreiben zu den Verhandlungen mit der WRK im Mai 1982 auf seine Pflichten hingewiesen.

Noch ein weit schwerer wiegender Punkt ist dem Düsseldorfer Kultusminister Schwier anzukreiden. Soeben, am 1.8.1984, ist in Nordrhein-Westfalen eine Rechtsverordnung in Kraft getreten, mit der die Leistungsanforderungen an Gymnasien – über Erleichterungen bei der Versetzung – gesenkt werden. Um den Gesamtschulen mit ihren nachweislich geringeren Leistungen einmal mehr die Wege zu ebnen, hat der Minister die Leistungen von Realschulen und Gymnasien herabgezogen, damit die Abschlüsse der Gesamtschulen mit denen der herkömmlichen Schulen gleichwertig werden. Der Verordnung ist der Kampf angesagt, sowohl von der CDU-Landtagsopposition wie auch von Lehrer- und Elternverbänden.

Auf die Kritik an der mangelnden Studierfähigkeit der Abiturienten gibt es nur eine Antwort: Mut zu mehr Leistung in den Gymnasien! Nicht die Nivellierung von Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule darf das Ziel der Bildungspolitik sein, sondern die klare Festlegung unterschiedlicher Leistungsprofile der herkömmlichen Schulen. Vor allem gilt es, das Gymnasium von Auflagen zu befreien, die dem Erreichen seines Bildungszieles im Wege stehen. Die Anforderungen müssen erhöht werden, und zwar von Klasse 5 – von der Sexta – an!

Dr. Gisela Friesecke,
Elternverein Nordrhein-Westfalen e. V., Bonn

Gleiches Recht

„Das Schreiben des Primas von Polen im Wortlaut"; WELT vom 21. August

Sehr geehrte Damen und Herrn,

warum sollen gemischte Kommissionen eingesetzt werden, wann und wo in Kirchen deutschsprachige Gottesdienste abgehalten werden können? Dieser Kostenaufwand ist nicht nötig. Vor 1945 konnten unsere Bischöfe von Essen über Brandenburg, Schlesien, Pommern bis Ostpreußen überall, wo Bedarf war, Gottes Wort auf Polnisch ohne Kommission verkünden lassen. Was damals den Polen recht war, sollte heute den Deutschen auch dort billig sein.

Mit freundlichen Grüßen
J. v. Twickel,
Dorsten 12

Wort des Tages

» Die Ruhe der Trägheit ist eine heimliche Verzauberung unserer Seele, die auf einmal die glühendsten Vorsätze und festesten Entschlüsse preisgibt. «

François La Rochefoucauld; franz. Moralist (1613–1680)

Immer mehr Touristen meiden das politisch unruhige Sri Lanka

Empfindliche wirtschaftliche Auswirkungen / Annäherung an Israel stört die Araber

PETER DIENEMANN, **Colombo**

Uditya ist Besitzer eines der vielen kleinen Touristen-Hotels an der Sonnenküste Sri Lankas. Von den Unruhen, die seine Heimatinsel seit einem Jahr schütteln, spürt er hier nichts. Nur über das Fernsehen erfährt er, wenn in der Nordprovinz Terroristen Bomben werfen oder Soldaten mit Kanonen Dörfer in Schutt und Asche schießen.

Das Problem der Minderheit der Tamilen interessiert ihn, den Singhalesen, kaum. Viel mehr sorgt er sich darüber, daß seit Juli vergangenen Jahres die meisten seiner 14 Gästezimmer leerstehen. „Wenn das so weitergeht mit den Tamilen, und die Regierung dem Terror nicht endlich einen Riegel vorschiebt, bringt uns das bald alle an den Bettelstab", meint er.

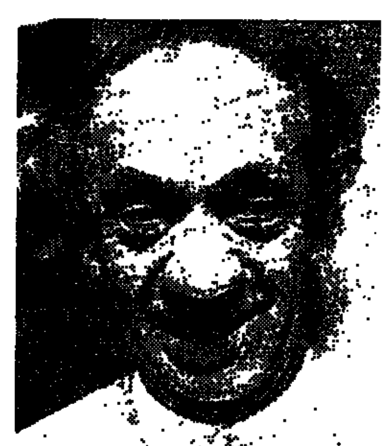
Wie Uditya denken die meisten der elf Millionen Singhalesen über die Bewegung der 1,8 Millionen Tamilen, die ihr eigenes Land fordern. Sie spüren auch am ehesten die wirtschaftlichen Auswirkungen der Unruhen.

Zwar sind Sri Lankas Hauptexportgüter, Tee und Gummi, nach wie vor auf den Weltmärkten gefragt. Aber seit einem Jahr krankt die Tourismusbranche, die für Zehntausende von Arbeitsplätzen sorgt und der Insel harte Währung bringt, auf die sie trotz massiver amerikanischer und arabischer Wirtschafts- und Entwicklungshilfe nicht verzichten kann.

Eine weitere Devisen-Quelle droht jetzt zu versiegen. Oppositionspolitiker in Colombo erwarten, daß Golfländer zurückhaltender bei der Ausstellung von Visa für jene ceylonesischen Gastarbeiter sein werden, die ihre hart verdienten Dollar nach Hause schicken und so zweitgrößter „Lieferant" harter Währung für Sri Lanka sind.

Grund für die Verärgerung arabischer Länder ist die Ankündigung Präsident Junius Richard Jayewardenes, innerhalb der US-Botschaft in Colombo eine israelische Interessenvertretung zu bewilligen. Angeblich habe aus diesem Grund der irakische Botschafter Sri Lanka bereits verlassen. Iran werde, so befürchtet die Opposition, keinen neuen Botschafter entsenden und Saudi-Arabien zögere mit der Eröffnung seiner diplomatischen Vertretung in Colombo.

„Die Interessenvertretung", so befürchtet der frühere Außenminister und jetzige Oppositionssprecher Laxman Jayakody von der Sri Lanka Freiheitspartei (SLFP), „wird ein erster Schritt zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Sri Lanka sein, die uns gute und hilfreiche Freunde vergraulen."



Seit sechs Jahren Präsident Sri Lankas: Julius Jayewardene
FOTO: CAMERA PRESS

Trotz aller Kontroversen und heftiger Kritik von seiten der Opposition über das Tamilen-Problem, die israelische Vertretung, den Streit zwischen Colombo und Neu-Delhi sowie die proamerikanische Haltung seiner Regierung ist Jayewardenes Position in Sri Lanka heute stärker als im Jahre 1978, als er als erster exekutiver Präsident des Landes seinen Eid ablegte. Seine Gegner geben zwar zu, daß Sri Lanka in der Zeit danach wirtschaftlich profitiert habe, schränken aber ein, daß dies „auf Kosten der wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsschicht" gegangen sei.

Die SLFP Frau Bandaranaikes, die stärkste Oppositionspartei, ist zerstritten und in einen rechten und linken Flügel gespalten. Frau Bandaranaike selbst, bis Ende 1986 einiger ihrer Bürgerrechte verlustig, ist ebenso zur politischen Inaktivität verurteilt wie die Führer der nach den Unruhen von 1983 verbotenen kommunistischen JVP-Partei und der ständig vom Verbot bedrohten sozialistischen NSSP.

Ihrem Vorsitzenden, Vasudeva Nanaykkara, wirft die Regierung in Colombo vor, er sei, als verlängerter Arm der JVP, maßgeblich an den jüngsten Studentenunruhen beteiligt gewesen, bei denen es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Polizei mit mehreren Todesopfern gekommen war. Die vornehmlich linksgerichtete Studentenschaft fordert jetzt Anpassung ihrer Stipendien an die gestiegenen Lebenshaltungskosten sowie soziale Gerechtigkeit für die Unter- und Mittelschicht Sri Lankas.

Mit der Berufung Lalith Athulathmudalis zum Chef des neu geschaffenen Sicherheitsministeriums, dem Einsatz israelischer Anti-Terror-Spezialisten sowie Aufrüstung der ceylonesischen Armee und der Polizei geht Colombo jetzt hart gegen Demonstrationen und mutmaßliche Terroristen-Domizile im Norden und Nord-Osten der Insel vor.

In der Tamilen-Hochburg Jaffna sind Ausgangssperren und scharfe Polizeikontrollen an jeder Straßenecke alltäglich. Der Führer der Tamilen-Partei TULF, Amirthalingam, erinnerte er jetzt an Mahatma Gandhis Freiheitskampf; er forderte die Tamilen zum „Sathyagraha", den gewaltlosen Widerstand, auf. Bisher allerdings ohne Erfolg.

Rumänien betont Gleichberechtigung im Militärbündnis

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

Die rumänische Armee werde auch in Zukunft an keinerlei Manövern außerhalb der eigenen Landesgrenzen teilnehmen. Außerdem werde Rumänien keine fremden Soldaten auf seinem Territorium dulden. Dies erklärte der Generalstabschef der rumänischen Armee, General Vasile Milea, in einem Interview des jugoslawischen Nachrichtenmagazins „Danas".

General Milea gab auch zu verstehen, daß Rumänien an keinerlei Interventionen des Warschauer Pakts teilgenommen habe und auch in Zukunft an solchen Aktionen nicht beteiligt sein werde. Zur Mitgliedschaft seines Landes im Warschauer Pakt sagte der Generalstabschef, dieser Vertrag sei ausschließlich zur „Verteidigung gegen einen imperialistischen Angriff auf Europa" geschlossen worden. Solange die östlichen und westlichen Militärbündnisse nicht aufgelöst seien, sollte der Pakt daher nach rumänischer Auffassung einen „strikt defensiven Charakter" haben. Die Mitgliedschaft Rumäniens im Warschauer Pakt basiere daher auf den Prinzipien der rumänischen Außenpolitik: nämlich volle Gleichberechtigung, strikter Respekt vor der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder sowie „weder Anwendung noch Androhung von Gewalt".

General Milea erklärte: „Ich möchte betonen, daß es in Rumänien zu keiner Zeit irgendwelche Atomraketen gegeben hat." Rumänien sei gegen jegliche Kernwaffen. Die taktischen ballistischen Raketen, über die die rumänische Armee verfüge, seien nur mit konventionellen Sprengköpfen ausgerüstet.

Die jugoslawische Zeitung bemerkt dazu, Rumänien habe mit einer regulären Armee von 189 000 Mann, 1400 Panzern und 315 Kampfflugzeugen sowie „patriotischen Garden" von 900 000 Mann die viertstärkste Armee des Warschauer Pakts – nach der Sowjetunion, Polen und der CSSR.

Der Südpazifik soll atomwaffenfreie Zone werden

Von FRANZ SCHMEIDEL

Das Südpazifik-Forum hat auf seiner diesjährigen Tagung im Kleinstaat Tuvalu Frankreich – wie auch schon in den vergangenen Jahren – einstimmig aufgefordert, seine Atombombentests im Mururoa-Atoll einzustellen. Die von der neuen Regierung Neuseelands und von Australien geforderte Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Südpazifik fand allgemein Anklang. Auch die Debatte um die Unabhängigkeit Neukaledoniens von Frankreich stand auf der Tagesordnung.

Ein von den Teilnehmerstaaten angenommener Entwurf Australiens verbietet die Produktion, Lagerung und Versuche mit Atomwaffen, überläßt aber jedem der 13 Länder des Forums die Entscheidung, ob sie Kriegsschiffe der Atommächte mit atomarer Bewaffnung oder nuklearem Antrieb ihre Häfen öffnen wollen oder nicht.

Als weiteres Ergebnis der informellen Konferenz kann der Wille zur Intensivierung des regionalen Handels und gegenseitiger wirtschaftlicher und technologischer Unterstützung gewertet werden. Australiens Premierminister Robert Hawke hat seine frühere Äußerung bekräftigt, er werde zur Sicherheit der Südsee-Kleinstaaten und zur Überwachung ihrer 200 Seemeilen-Wirtschaftszonen sechs Patrouillenboote der australischen Marine zur Verfügung stellen.

Australien ist der Seniorpartner im Südpazifik-Forum, einem 1971 gegründeten lockeren Zusammenschluß von 13 Staaten und Territorien in der Südsee, deren Ziel die gemeinsame Lösung anstehender, vor allem wirtschaftlicher Probleme, ist, ferner die gemeinsame Vertretung der südpazifischen Interessen, insbesondere gegenüber den Großmächten. Dem Forum gehören neben Australien und Neuseeland die von Neuseeland abhängigen Cook-Inseln und Niue an, ferner Nauru, Fidschi, Samoa, Tonga, Papua-Neuguinea, Kiribati (früher Gilbert-Inseln), Tuvalu (früher Ellice Islands), die Salomonen und Vanuatu (früher Neue Hebriden).

Die unter dem Schutz der USA stehenden föderativen Staaten von Mikronesien haben Beobachterstatus beim Südpazifik-Forum, das als informelle Gruppe zwar regelmäßige Treffen abhält, jedoch über keine festen Institutionen verfügt oder gemeinsame Behörden unterhält.

Einen wesentlich höheren Organisationsgrad weist hingegen die Südostasiatische Staatengemeinschaft Asean auf (Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, die Philippinen, Brunei). Obwohl nicht ausdrücklich eine Sicherheitsgemeinschaft entwickelte sich die Asean im Laufe der Jahre auch zu einem Forum der militärischen Kooperation. Nicht zuletzt durch die zeitweise starken Aktivitäten kommunistischer Guerrilla in den Flächenstaaten kam es zu grenzüberschreitenden Kontakten zwischen Polizei und Militär, die zu guter und enger Kooperation geführt haben. Mehrmals im Jahr treffen sich die Polizeichefs und Armeekommandeure zu mehrtägigen Gesprächen.

Die Asean-Außenminister trafen sich im Juli mit ihren Amtskollegen aus Australien, Neuseeland, Japan, Kanada und den USA. Für die Europäische Gemeinschaft nahm EG-Kommissar Wilhelm Haferkamp und der Ire Peter Barry als Vertreter des Rates teil. Wichtigstes Ergebnis dieser Konferenz war die gegenseitige Absichtserklärung aller Teilnehmer, in den Bereichen Handel, wirtschaftliche Entwicklung und Technologie-Transfer enger zusammenzuarbeiten.

Immer stärker sind Südostasien und der pazifische Raum in den vergangenen Jahren wirtschaftlich und technisch „erwachsen" geworden. Die Konferenzen, die die Südsee-Kleinstaaten mit den Schwellenländern Südostasiens, den hochentwickelten Großanrainern des Pazifik und den Industriestaaten Europas indirekt verbunden haben, sind ein Signal für die Zukunft.

Personalien

AUSZEICHNUNG

Zum Ritter des Silvesterordens hat Papst **Johannes Paul II.** den Mönchengladbacher Künstler **Ernst Jansen-Winkeln** ernannt. Bei der Übergabe der Insignien hob der Bischof von Aachen, Dr. **Klaus Hemmerle**, hervor, Jansen-Winkeln habe in seinem künstlerischen Werk „die innere Verbindung von Kunst und Kirche zum Ausdruck gebracht". Der Schaffenskreis des vor allem durch Wand- und Glasmalerei bekannten Künstlers erstreckt sich hauptsächlich auf die Bistümer Aachen und Köln, reicht aber bis in die USA, wo er sieben Kirchen gestaltete. Sein bedeutendstes Werk der Glasmalerei befindet sich in der Benediktinerabtei Siegburg, wo er in vielen Jahren Glasbilder in mehr als 400 Einzeldarstellungen schuf.

BERUFUNG

Zum neuen Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes ist Dr. **Hermann Schmitz-Wenzel** berufen worden. Schmitz-Wenzel, früher als Ministerialrat im Bundeskanzleramt tätig, hat sein neues Amt am 1. dieses Monats angetreten.

JUBILÄUM

Frühzeitig erkannt, daß in der Geburtsstadt Ludwig van Beethovens die Musik im Staate gemacht wird, hat die Schweizer Fluggesellschaft Swissair. Deshalb will sie auf Kontakte und Impulse der Bundeshauptstadt auch nach 30 Jahren Präsenz nicht verzichten. Anläßlich des Jubiläums lud der Direktor für Deutschland, **Walter Edelmann**, zu einem Empfang ins Bonner Bristol-Hotel. Gekommen waren: Bundesverkehrsminister **Werner Dollinger**, der Stellvertretende Regierungssprecher **Jürgen Sudhoff**, der Präsident des Wirtschaftspolitischen Clubs, **Reinhard Hanschild**, der Direktor des Bonner Büros der Klöckner-Humboldt-Deuz AG, **Rudolf Graf von Buquoy** und **Dieter von Branchitsch**, Sonderbeauftragter der Geschäftsleitung Euro-Lloyd. Die Stadt war vertreten durch Bürgermeister **Heinz Welz** und **Joachim Zimmermann**, den Chef der Schutzpolizei Bonn.

TENNIS / Preisgeld-Weltrekord bei den Internationalen Offenen Meisterschaften der USA

Zwischen Fluglärm, Pfiffen und dem Knallen der Sektkorken werden 7,4 Millionen Mark ausgespielt

H. J. POHMANN, **Bonn**

Na bitte, da haben es die an Superlative gewöhnten Amerikaner also wieder geschafft. Zuerst warteten die Organisatoren der Internationalen Tennis-Meisterschaften der USA die Preisgeld-Entwicklung der Grand-Slam-Turniere in Paris und Wimbledon ab, dann schlugen sie zu. Herausgekommen ist, wie in jedem Jahr, ein neuer Preisgeld-Weltrekord. Seit gestern Nacht (MESZ) geht es in New York um 2 557 667 Dollar (rund 7,4 Millionen Mark), die für alle Konkurrenzen ausgeschüttet werden. Diese Gesamtsumme ergibt im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 27,8 Prozent.

Um bei Rekorden zu bleiben: Kein Wunder, daß auch der Sieger im Herren-Einzel mit 160 000 Dollar die höchste Siegprämie aller Zeiten für eine Einzelkonkurrenz kassiert. All dies sind Summen, an die 1968 bei den ersten für Amateure und Profis offenen US-Meisterschaften, zu dieser Zeit noch im vornehmen New Yorker Vorort Forest Hills, selbst ein Arthur Ashe, damals der Sieger, noch nicht gedacht hat.

97 294 Zuschauer passierten 1968 die Tore des exklusiven West-Side-Tennisclubs, als Damen und Herren um die für damalige Verhältnisse sensationellen 100 000 Dollar Preisgeld auf den „schlechtesten Rasenplätzen der Welt" (Ashe) kämpften. Aber dafür herrschte noch eine exklusive Atmosphäre, und das amerikanische Magazin „World Tennis" erkannte mit einem Seitenhieb auf Wimbledon: „Es fehlt nur noch unsere Herzogin von Kent, um mit Wimbledon auf einer Stufe zu stehen." Versuche, den Titelkämpfen auch Glanz durch politische Prominenz zu verleihen, gab es schon 1955. Sie endeten im West-Side-Tennisclub peinlich. Bei der Siegerehrung übergab der damalige US-Vizepräsident Richard Nixon den Pokal an Tony Trabert mit dem Worten: „Die Leute sagen mir immer, Tennis ist ein Sport für Homosexuelle."

1978 schafften die Amerikaner dank der Arbeit der United States Tennis Association endgültig den Sprung nach vorne. Tennis wurde durch ständige Fernsehübertragungen nicht nur Publikums-, sondern auch Volkssport. Im Stadtteil Queens stampfte Architekt David Kenneth Specter auf dem Gelände der Weltausstellung von 1964 im Flushing-Meadow-Park eine neue Tennisanlage aus dem Boden. Schönheit war nicht gefragt, Beton erhielt den Zuschlag, Zweckmäßigkeit war Trumpf. Mittelpunkt der Anlage ist der Center Court, das Louis-Armstrong-Stadion mit seinen 20 000 Sitzplätzen. Ein Zuschauer, der die letzte der 116 Stufen erklimmt, ist exakt 80 Meter Luftlinie vom Geschehen auf dem schnellen „Decoturf"-Belag entfernt. Er hat gleichzeitig einen herrlichen Blick auf den naheliegenden La-Guardia-Flughafen. Eine Aussicht, die die Spieler eher verabscheuen. Steht der Wind schlecht, schweben die Jets direkt über dem Center Court ein. Doch diese Tatsache müssen die mit empfindlichen Seelen und Nerven ausgestatteten Profis fast klaglos akzeptieren.

Denn in Flushing Meadow beherrscht ohnehin das New Yorker Publikum die Szene. Und das schert sich einen Dreck um irgendwelche sensiblen Gemüter. Da wird gebuht, gepfiffen und geklascht, wann immer es gefällt. Selbst in den vornehmen Logen geht es hoch her, auch in ihnen wird keine Rücksicht genommen – auch wenn es dort nur die Korken der Champagner-Flaschen aus den mitgebrachten Picknick-Taschen sind, die im spannendsten Ballwechsel oder beim Aufschlag knallen. Der Amerikaner Vitas Gerulaitis sagt: „Das ist das Turnier mit der meisten Hektik und dem größten Chaos in einer einzigen Orgie von Dreck und Lärm." Kein Wunder, daß dabei auch die 245 Schiedsrichter im Mittelpunkt der Kritik stehen. Für 50 Dollar am Tag, der Erstattung des halben Flugpreises zu ihrem Heimatort und ein Essen am Hinterausgang des Stadions sind sie alle bei vermeintlichen Fehlentscheidungen Opfer der Fans – und der Stars selbstverständlich.

Als John McEnroe im Vorjahr frühzeitig gegen Bill Scanlon unterlag, provozierte er einen Linienrichter mit den Worten: „Was so einer wie du für einen Grund hat, hier auf dem Stuhl zu sitzen, ist mir völlig schleierhaft." Auf weitere Bemerkungen aus dem Vulgärbereich muß hier verzichtet werden. Aber gerade wegen McEnroe – er ist ein New Yorker – werden die Zuschauer in diesem Jahr wieder nach Flushing Meadow strömen. Im Vorjahr kamen 427 313 Zuschauer (Weltrekord), in diesem Jahr wird eine erneute Steigerung erwartet. McEnroe, Titelverteidiger Jimmy Connors und der Tschechoslowake Ivan Lendl sind auch diesmal die Favoriten. Eine Tatsache, die nur die Hoffnung keimen läßt, daß endlich einmal neue Gesichter in der absoluten Spitze auftauchen. Ein Wunsch, der bei den Damen wegen der Klasse von Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd noch schwerer zu erfüllen sein wird.



Stars in großer Abendrobe

So sieht sie die Öffentlichkeit selten: Martina Navratilova (links) und Chris Evert-Lloyd, die beiden besten Spielerinnen der Welt, in großer Abendrobe. *Am Vorabend der amerikanischen Meisterschaften zeigten sie sich derart elegant bei einem Bankett der Womens's Tennis Association in New York.* FOTO: AP

Hörfunk-Hits (6): Ein Forum für den Bürger – „Hallo Ü-Wagen" vom WDR

Beim Sex hört der Spaß auf

Donnerstag morgen, 9.20 Uhr: Hunderttausende von Radiohörern haben WDR 2 eingeschaltet; wer die Gelegenheit hat, taucht höchstpersönlich vor der „Violetta" auf, um mitzuhören oder auch mitzudiskutieren, was gerade Sache ist. Violetta ist der berühmteste Ü-Wagen beim Westdeutschen Rundfunk, und auf seiner Tribüne agiert allwöchentlich Carmen Thomas mit ihrer Sendung „Hallo Ü-Wagen" – mit diesem Ruf nimmt der Sender Kontakt zur Außenübertragungsstelle vor Ort auf.

Vor Ort: das ist mal ein Finanzamt, mal eine Werkskantine, eine Bahnhofsmission oder ein Schlachthof. Der Ü-Wagen fährt ins wohlhabende Düsseldorf, wenn das Thema lautet „Armut – Ohne Moos nichts los"; ins krisengeschüttelte Dortmund, wenn es um „Arbeitslosigkeit" geht; er steht im Gelsenkirchener Stadtteil Schalke, wenn die Frage „Woher kommt das Fußballfieber?" diskutiert wird, und beziehungsreich in Burg, wenn es in „Die da oben" um den „kleinen Mann" geht.

Kein Thema ist für den „Ü-Wagen" so abseitig, daß es nicht eine Sendung wert wäre, nichts so kurios, daß es nicht doch noch einige Interessierte anlocken würde. Über Regenwürmer und Schnecken wurde gesprochen, selbst der vielbelächelte Kaninchenzüchterverein gab eine Sendung ab, und über Zensuren, Bedürfnisanstalten, Werbung, Schnarchen, Hundekot, Freßsucht und Kreditvermittler konnten sich die Bürger auch schon ihren Ärger bei Carmen Thomas von der Seele reden.

Hoch her ging's beim Gespräch übers „Nacktsein" und die „Sexualaufklärung", als die Volksseele bedenklich in Wallung geriet. Schmunzelnd erinnert sich Carmen Thomas, die die Sendung seit Dezember 1974 leitet, an die Protestbriefe, die ihr nach der „Nackt"-Sendung im Oktober 1978 geschrieben wurden. „Wenn's um Sexualität ging, war die Reaktion immer besonders heftig", erzählt sie. Das hat sie jedoch nie davon abgehalten, das Thema in vielen Facetten abzuhandeln, von der ersten Liebe und über die Zärtlichkeit bis hin zur Homosexualität.

Ursprünglich eine Mixtur aus Schlagerwünschen und Grußbotschaften an Verwandte und Freunde, ist der „Ü-Wagen" heute eine Sendung, die auf unterhaltsame Weise hautnahe Authentizität anstrebt, sich niemals bei den Hörern anbiedert, sondern ihnen oft sogar mit ausgesprochen kuriosen, scheinbar abgelegenen Themen auf den Leib rückt.

Carmen Thomas: „Gerade Rundfunk und Fernsehen haben die Chance, die zu erreichen, bei denen Versäumtes aus Elternhaus, Schule und sozialer und politischer Umwelt nachgeholt werden kann. Und zwar nicht belehrend, sondern fast beiläufig." So steht es in ihrem jüngst erschienenen Buch, das den Titel „Hallo Ü-Wagen" trägt und in dem sie zurückblickt auf viele erfolgreiche Folgen einer Sendung, die am 6. Dezember 1984 zehnjähriges Jubiläum feiert.

Ihr Konzept hat sich bewährt: Das jeweilige Thema wird von einem oder mehreren Zuhörern vorgeschlagen, auf seine Verwendungsfähigkeit abgeklopft – und erst einmal in einen Karteikasten gesteckt. 1200 Themen haben Carmen Thomas und ihr Redaktionsteam noch vor sich. Da vergehen manchmal zwei Jahre, bis ein Vorschlag realisiert werden kann. Der Nachteil dieses Verfahrens liegt auf der Hand: Die Spontaneität beim Vorschlagenden ist vorbei; auch der Ärger oder die Empörung, aus der die Programmidee entstanden sein mag, ist längst verflogen.

Carmen Thomas ist sich solcher Schwachpunkte im Konzept bewußt. Deshalb ist der Ü-Wagen für sie noch lange keine vollkommene Sendung, sondern stets verbesserungsfähig. „Über die Situation der Einlader – so nennen wir die Hörer, die das Thema vorgeschlagen haben – machen wir uns viele Gedanken. Wenn wir sie anrufen und ihnen sagen, daß ihr Vorschlag in den nächsten Monaten zur Sendung kommt, kriegen sie oft Lampenfieber, schlafen schlecht und sind furchtbar nervös, weil sie im Rundfunk ja einen guten Eindruck hinterlassen wollen."

Das Gefühl, „versagt" zu haben, läßt die Moderatorin bei ihren Gästen jedoch nicht aufkommen. Mit viel Einfühlungsvermögen hilft sie den Leuten über die Nervosität hinweg, springt ein, wenn sie merkt, daß sie „hängen", läßt ihnen andererseits aber auch sehr viel Zeit, wenn sie spürt, daß ihr Gesprächsparter nur Zeit zum Nachdenken braucht.

Härter geht sie da schon mit den Experten ins Gericht, die zu jeder Sendung eingeladen werden. Ihnen gegenüber legt Frau Thomas erfrischend wenig Respekt an den Tag, sehr zur Freude des Publikums, zu dessen Fürsprecher sie sich macht. Den „fachmännischen" Redeschwall, oftmals durchsetzt mit unverständlichen Fremdwörtern und abstraktem Fach-Chinesisch, unterbricht sie so lange und so hartnäckig, bis auch für den weniger Geschulten im Publikum klar ist, „was der eigentlich meint".

Als Moderatorin ihrer Sendung sollte sie neutral bleiben. Dennoch merkt der Zuhörer vor Ort und am Radio schon, welche Meinung ihr die sympathischere ist, egal, welches Thema zur Debatte steht. Nun, das ist ihr gutes Recht; Kommentatoren aller Couleurs nehmen es für sich in Anspruch. Aber das trifft dann bisweilen auch arglose Besucher, die sich unversehens und vielleicht nicht ganz fair an die Wand gedrängt sehen. Nicht ohne Süffisanz stellte sie beispielsweise im Dezember 1982 in einer Sendung über Edelsteine fest, daß eine Zuhörerin, die nach eigenen Aussagen „etwas Wertvolles" dem Modetalmi vorzieht, hier vor Ort nicht zwischen echtem und falschem Schmuck unterscheiden konnte. In solchen Situationen wünscht man dem Interviewpartner dann ein ebenso flinkes Mundwerk, wie es sich Carmen Thomas im Lauf der Jahre antrainiert hat.

Der wöchentliche Sendetermin bedeutet für die Ü-Wagen-Redaktion beträchtlichen Arbeitsaufwand und Dauerstreß. Informationen über ein Thema müssen angelesen und verarbeitet, gegensätzliche Standpunkte miteinander verglichen werden. Diesen Wissensvorsprung darf die Moderatorin jedoch nicht ausspielen, darf nicht informierter erscheinen als die Hörer, die sich zu Wort melden.

Hat sie schon mal daran gedacht, sich die Aufgabe mit einem anderen Moderator zu teilen? „Nein. Es hat sehr lange gedauert, bis ich die Beziehung zum Publikum aufbauen konnte, die ich heute habe. Jetzt bin ich für die Leute eine alte Bekannte, sie mögen mich, oder sie mögen mich nicht. Auf jeden Fall wissen sie, woran sie mit mir sind. Diese Verläßlichkeit bringt ein Stück Qualität zustande. Und das ist äußerst wichtig für das Gelingen der Sendung."

RAINER NOLDEN

NACHRICHTEN

Schwedisches Finale

Cincinnati (sid) – Der 19 Jahre alte Mats Wilander gewann das Finale des Tennis-Turniers von Cincinnati/Ohio (300 000 Dollar Preisgeld) gegen seinen schwedischen Landsmann Anders Jarryd mit 7:6, 6:3.

China spielt Golf

Peking (sid) – In China wird der erste Golfplatz eröffnet. Der 18-Loch-Kurs, 50 Hektar groß, liegt bei der Stadt Zhongshan in der Provinz Guandong. Der Platz, der umgerechnet 430 000 Mark gekostet hat, wurde von zwei in Hongkong lebenden Chinesen finanziert.

Samaranch in Seoul

Seoul (sid) – Mit einem internationalen Leichtathletik-Sportfest wird am 29. September in Seoul das Olympiastadion von 1988 eröffnet. IOC-Präsident Antonio Samaranch ist Ehrengast. Erwartet werden auch Athleten aus der Sowjetunion. Südkorea und die UdSSR unterhalten keine diplomatischen Beziehungen zueinander.

Der Kanzler gratuliert

Bonn (dpa) – Bundeskanzler Helmut Kohl hat Nationaltorwart Harald Schumacher (1. FC Köln) zur Wahl zum „Fußballer des Jahres" gratuliert: „Diese Ehrung würdigt Ihren vorbildlichen Einsatz und die herausragenden Leistungen in Ihrer Vereins- und der deutschen Nationalmannschaft."

Geld für Südafrika

Johannesburg (dpa) – Eine südafrikanische Hotelkette hat 22 Millionen Mark zur Sicherung des Großen Preises von Südafrika in der Formel 1 bereitgestellt. In den letzten Jahren war der WM-Lauf von Kyalami in der Nähe von Johannesburg immer wieder gefährdet.

Zwei 1:3-Niederlagen

Clermont-Ferrand (sid) – Die Junioren (gegen Italien) und Juniorinnen (gegen die „DDR") der Bundesrepublik Deutschland unterlagen bei den Volleyball-Europameisterschaften jeweils 1:3. Die Juniorinnen spielen damit nur noch um die Plätze sechs bis zwölf.

ZAHLEN

FUSSBALL

Englische Meisterschaft, 2. Spieltag: Chelsea – Sunderland 1:0, Liverpool – West Ham 3:0, Newcastle – Sheffield 2:1, Tottenham – Leicester 2:2. – **Freundschaftsspiel:** Eintracht Frankfurt – Jokerit Helsinki 4:4.

WASSERBALL

Junioren-Europameisterschaft auf Teneriffa, Gruppe A: Deutschland – Niederlande 10:8, England – Schweden 6:6 (Deutschland für die Finalrunde qualifiziert, erster Gegner ist Spanien).

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 686 729,10 Mark, 2: 83 239,80, 3: 5179,60, 4: 82,80, 5: 7,20. – **Toto**, Elferwette: 1: 9376,50, 2: 305,10, 3: 32,00. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, 2: 29 719,50, 3: 12 158,00, 4: 149,20, 5: 12,10. – **Rennquintett**, Rennen A: 1: 1907,10, 2: 226,50. – Rennen B: 1: 189,10, 2: 24,50. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 401 251,00 Mark. (ohne Gewähr)

FUSSBALL / Ein Pferd als Prämie für Fischer

Beckenbauers Plan: Mit Ditmar Jakobs als Libero

dpa, **Hamburg**

Auf seine alten Profi-Tage rückt Ditmar Jakobs noch einmal ins Rampenlicht. Erst wurde der Abwehrspieler beim Hamburger SV zum neuen Kapitän gemacht, dann erfuhr er, daß er für Franz Beckenbauer, den neuen Chef der Fußball-Nationalmannschaft, der Wunsch-Libero ist. Zuverlässig genannt, muß aber noch zum Ja überredet werden. Der Abwehrspieler, der gestern seinen 31. Geburtstag feierte, verkörpert für Beckenbauer die zur Zeit bestmögliche Lösung für das Problem des letzten Mannes in der Nationalmannschaft, das nach dem Rücktritt Beckenbauers nie so richtig in den Griff bekommen wurde. Der Hamburger wäre der 16. Erbe des Kaisers auf dem Thron des Liberos.

Das Bundesliga-Schlagerspiel des Hamburger SV gegen Borussia Mönchengladbach (heute 20.00 Uhr) ist deshalb im doppelten Sinn kein Spiel wie jedes andere. Tribünengast Beckenbauer interessiert sich einmal für die Form der ehemaligen Nationalspieler Felix Magath und Manfred Kaltz, deren Comeback gefordert wird. Aber er beobachtet auch die Gladbacher Talente Uwe Rahn und Frontzeck. Hamburg ist die letzte Station seiner Tournee durch die Stadien, bevor er am Freitag ein erstes, 22 Spieler umfassendes Aufgebot für das Länderspiel am 12. September in Düsseldorf gegen Argentinien benennen wird. Fest steht, daß Beckenbauer dabei einen deutlichen Schnitt vornehmen wird.

Jakobs, beim HSV als vorbildlicher Profi geschätzt, hatte seine Ambitionen, in der Nationalelf zu spielen, während der Derwall-Ära ähnlich wie Magath und Kaltz bereits aufgegeben. Beckenbauer kündigte für diese Woche geheimnisvoll ein Gespräch mit einem Mann an, der sich an der Seite von Karlheinz Förster im Abwehrzentrum vorstellen soll. Kein Zweifel, daß dies Jakobs ist. Beckenbauer hatte bei ihm bereits vor Wochen im HSV-Trainingslager nachgefragt. „Im Moment hat sich an meinem Entschluß nichts geändert", sagt Jakobs. Gesprächsbereit aber ist er.

Der Kölner Strack gilt dagegen bei Beckenbauer nach seiner Verletzung als unsicherer Kandidat, und Stielike spielt offenbar in den Planungen nach Schusters Rückzieher allenfalls für das Mittelfeld eine Rolle. Allerdings dürfte der Gladbacher Bruns neben Jakobs noch ein Libero-Kandidat sein.

Mit der Rückkehr von Schalke 04 in die Bundesliga leben auch wieder die kleinen kuriosen Geschichten um den Verein auf. Vor dem Spiel gegen den Nachbarn VfL Bochum (20.00 Uhr) geht es um eine Wette. Der ehemalige Schalker Mannschaftsbetreuer Charly Neumann, der seinen Klub lange Jahre tränenreich begleitete, ehe er ausscheiden mußte, hätte wohl lieber seinen alten Kumpel Klaus Fischer in der Mannschaft gesehen als Dieter Schatzschneider.

Neumann also versprach dem Neu-Bochumer und Pferdefreund Fischer einen Traber, „einen guten Jährling, der mindestens 20 000 Mark kostet", als Prämie, wenn er mehr Saisontreffer erzielt als Schatzschneider. Außerdem soll Neumann bereits mehr als 10 000 Mark darauf verwettet haben, daß Fischer seine Ankündigung wahrmacht: „Ich mache mehr Tore als Schatzschneider."

Heute spielen: *Waldhof Mannheim* – 1. FC Kaiserslautern (18.30), Hamburger SV – Borussia Mönchengladbach, Bayern München – Werder Bremen, Fortuna Düsseldorf – Karlsruher SC, Schalke 04 – VfL Bochum (alle 20.00).

GALOPP / Iffezheim

Ämterhäufung bei den Züchtern und Besitzern

K. GÖNTZSCHE, **Baden-Baden**

Dort, wo 1981 der olympische Kongreß stattfand, wo sich alljährlich Orthopäden, Ärzte und Zeitungsgroßhändler treffen, berieten die organisierten Besitzer und Züchter des deutschen Galopp-Rennsports über die Zukunft ihres in letzter Zeit immer krisenanfälligeren Hobbys. Aber was die 90 Damen und Herren im Kongreßhaus von Baden-Baden der Öffentlichkeit boten, war größtenteils peinlich. Niemand aus dem Vorstand war mit den einfachsten Regularien zur Abwicklung einer Vorstandswahl vertraut. Landwirt Kurd von Lenthe aus Hannover übernahm dann erneut den Vorsitz, der Vorstand wurde in einem erschreckenden Maße vergrößert, konstruktives Arbeiten scheint kaum noch möglich. Während der Versammlung wurde bekannt, daß der Hannoveraner Rennvereinspräsident Klaus von Kardorff im Alter von 68 Jahren verstorben ist. Da Besitzer und Vereinspräsident von Lenthe in Hannover Vizepräsident ist, wird er möglicherweise schon bald die Präsidentschaft bei den Besitzern wieder niederlegen. Die Ämterhäufung der Mehrzahl der Vorstandsmitglieder ist ein Grundsatzproblem des Rennsports, das seit Jahren unlösbar scheint.

Baden-Badens Rennvereinspräsident Fürst Oettingen nahm wieder einmal kein Blatt vor den Mund: „Nur aus Profilneurose Rennen über die Bühne zerren verschreckt die Besucher und führt zu einem finanziellen Fiasko." Der Iffezheimer Trainer Wilfried Schütz bezeichnete die Besitzervereinigung als „Frikadellen-Förderungsverein", weil sie die Unterstützung von Renntagen mit schlechten Pferden befürwortete. Zum Kassenprüfer wählten die Besitzer dann den Kölner Komiker Sascha Kerz. Der stellte fest: „Unser Image muß verbessert werden."

STAND ● PUNKT / *Wer legt hier wen aufs Kreuz?*

Die Sache hat ihn – das ist aktenkundig beim Verband – schon mal 100 000 bis 150 000 Mark gekostet. Soviel wollte eine Firma für eine fünfjährige Werbekampagne mit dem deutschen Ringer-Olympiasieger Pasquale Pasarelli zahlen. Als die Direktoren jedoch in der Zeitung lasen, Pasarelli plane im November in Rüsselsheim eine Art Catchkampf gegen den Profi-Boxer René Weller, winkten sie erschrocken ab. Der Olympiasieger schien ihnen für eine Werbekampagne mit ihren Produkten nicht mehr seriös genug. Pasarelli zur WELT: „Das ist ja alles der helle Wahnsinn. Ich habe zu diesem Kampf überhaupt nicht meine Zustimmung gegeben. Ich kenne weder Herrn Weller noch den Münchner Box-Promoter Ottmar Graf, der das veranstalten soll. Keiner von beiden hat jemals mit mir gesprochen, geschweige denn verhandelt."

Wie denn die Nachricht vom Catchkampf Pasarelli gegen Weller trotzdem in die Zeitungen gekommen sei? Die Reporter eines Boulevardblattes hätten ihn gefragt, ob er sich zutraue, gegen Weller anzutreten. Da habe er geantwortet: „Ich habe doch keine Angst vor einem Boxer."

Diese Nachricht wiederum hat Weller veranlaßt, die Redaktion des Blattes anzurufen. Weller zur WELT: „Ich habe denen gesagt, ich mache das. Ich trete gegen Pasarelli an. Danach haben sich bei mir zwei Veranstalter gemeldet. Es tut mir leid, daß Pasarelli dadurch in Schwierigkeiten gekommen ist, aber ich habe das Ding nicht angeleiert."

Ein 150 000-Mark-Mißverständnis also, bei dem der Ringer offensichtlich aufs Kreuz gelegt wurde. Denn Pasarelli hat nicht die geringste Absicht, gegen Weller in einem Schaukampf anzutreten, noch nicht einmal für Wohltätigkeitszwecke. Er hat vom Wellerschen Umfeld der halbseidenen Halbwelt gehört, und deshalb sagt er: „Ich bin doch nicht verrückt geworden und mache mir meinen guten Namen kaputt. Ich bin in Nürnberg, wo ich ringe, sehr angesehen. Ich bin Generalagent der Nürnberger Versicherung, da kann ich es mir nicht leisten, meinen Kundenkreis zu verprellen. Ich kann es mir auch nicht leisten, meine Verbindung zu dem Sportartikelhersteller Puma aufs Spiel zu setzen, und ich will auch nicht mein gutes Verhältnis zum Deutschen Ringer-Bund strapazieren. Das wäre doch ein einziger Brotverlust."

Im Gespräch mit der WELT sagt er auch: „Ich will Amateur bleiben, ich will weiterringen, ich will und ich werde nichts riskieren. Man kann sich auf mich verlassen." Was bleibt ist ein Mißverständnis und ein Olympiasieger, der künftig wohl schweigsamer sein wird.

KLAUS BLUME

KRITIK

Düstere Zeiten für „Refuseniks"

Deutlich in Richtung „Anpassung" überwogen die Zahlenangaben und vermittelten Eindrücke im Film **Anpassen oder Auswandern?** des Moskauer ARD-Korrespondenten Peter Bauer zur Lage der Juden in der Sowjetunion. Dies mag dem wahren Zahlenverhältnis durchaus entsprechen; gleichwohl wurde der Bericht dem komplexen Problem nicht hinreichend gerecht.

Zwar ging der Film auf die „Refuseniks" ein (Juden, denen die Ausreise nach Israel verweigert wird) und auf das häufige Auseinanderklaffen von Propaganda und Realität. Unerwähnt blieben jedoch die monströsen Haftstrafen für jüdische Ausreiseprotagonisten wie Schtscharanskij oder Begun.

Kein Wort über die Diskriminierung jüdischer Wissenschaftler und Schriftsteller, die häufig nicht unter dem eigenen (jüdischen) Namen publizieren dürfen. Keine ausreichende Erwähnung schließlich der massiven antizionistischen Propaganda in Form offizieller Publikationen, die oft nichts anderes als spärlich verhüllte antisemitische Pamphlete sind.

Feststellungen von der Art, daß es vor 1917 in Rußland 11 000 Synagogen und Bethäuser gegeben habe, heute jedoch nur mehr ca. 100 – „für mehr besteht kein Bedarf" –, verdeutlichen, bei aller Bemühtheit um Objektivität, den überwiegend auf offiziellen Informationen basierenden Tenor des Berichts. Anpassen oder auswandern – diese Alternative hat es (mit Ausnahme der 70er Jahre) stets nur für einen verschwindend geringen Teil der sowjetischen Juden gegeben. Heute ist die jüdische Emigration infolge einer restriktiven Politik fast ganz zum Erliegen gekommen.

CORNELIA GERSTENMAIER



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Ehen vor Gericht
2. In Sachen: Englert gegen Schumacher
11.35 Mosaik
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Die kluge Bauerntochter
Puppenspiel der Kleinen Bühne
Nach einem deutschen Märchen
15.30 Das feuerrote Spielmobil
16.00 Tagesschau
16.10 Musterschau der Elektronik
Bericht von der „Hifi '84"
16.55 Die rote Zora und ihre Bande
Eine Stadt steht kopf
17.25 Doctor Snuggles
Die Reise nach Nirgendwo
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Nacht der Wölfe
Deutscher Spielfilm (1981)
Mit großem Erfolg lief Rüdiger Nüchterns Film bereits in den Kinos und wird heute auch von der ARD gezeigt. Die realistische Darstellung eines Bandenkrieges zwischen einer deutschen und einer türkischen Jugendgang in einem Münchner Stadtteil wurde als wichtiger Beitrag zur Ausländerfeindlichkeit mit dem Prädikat „Besonders wertvoll" ausgezeichnet.
21.35 Brennpunkt
Formaldehyd: Ein Teufelszeug?
Eine Alltagschemikalie auf dem Prüfstand
Formaldehyd ist ins Gerede gekommen. Daß die Chemikalie, die in vielen hundert Produkten des täglichen Lebens enthalten ist, die Gesundheit des Menschen beeinträchtigen und z. B. Allergien bewirken kann, ist seit langem bekannt. Die neue Kontroverse entzündet sich an der Frage: Ist Formaldehyd krebserregend oder nicht? Tierversuche in den USA haben auf die Krebsgefährdung hingewiesen. Gutachten der in Berlin ansässigen Behörden Umweltbundesamt und Bundesgesundheitsamt werden derzeit noch unter Verschluß gehalten.
Moderation: Immo Vogel
22.30 Tagesthemen
23.00 Quincy
Der letzte Freundschaftsdienst
23.45 Das schreckliche Geheimnis
Sexueller Mißbrauch in der Familie
Ein Film von Sabine Zurmühl
0.30 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Wie sechs Finger an der Hand
3. Teil: Probe bestanden
15.25 Von einem, der ausging, Schuhe zu kaufen
Chinesischer Zeichentrickfilm
15.35 Ferienkalender
15.55 Madita
10. Eine Erinnerung für das Leben
16.20 Lassies Abenteuer
Transportprobleme
16.40 Breakdance
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Re-Flex und Sylvie Sanders
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.05 Der lange Treck
Über die Rocky Mountains
Eisige Kälte und akuter Vorratsmangel machen die Überquerung der Rocky Mountains für die Chisholms zur Hölle.
19.00 heute
19.30 Kino-Hitparade
Filme, Fakts und Favoriten vorgestellt von Sabine Sauer
20.15 Kennzeichen D
Deutschlandpolitik auf Umwegen – Honeckers Gegenbesuch in der Bundesrepublik / Wirtschaftswunder? – Zwischenbilanz der Berliner Wirtschaftskonferenzen / Durchleuchtung per Telefon? – Der Bildschirmtext der Post und der Datenschutz / Letzter Schrei: Breakdance in der „DDR"
Moderation: Joachim Jauer
21.00 Die 2
Die Seifenprinzessin
Mit seinem Charme versucht der Frauenheld Foster, die Erbin eines riesigen Seifenkonzerns, Shelley Masterson, für sich zu gewinnen und damit endlich ans große Geld zu kommen.
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
22.10 Weisheit aus dem Osten?
Letzter Teil: Der Ruf des Derwisch
22.40 Sport aktuell
Internationales Leichtathletik-Sportfest
Aufzeichnung aus Koblenz
Fußball-Bundesliga
Berichte vom 2. Spieltag
0.10 heute

III.

WEST
17.00 Schulfernsehen
18.00 Dreizehn mal Denken
Nietzsche heute
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

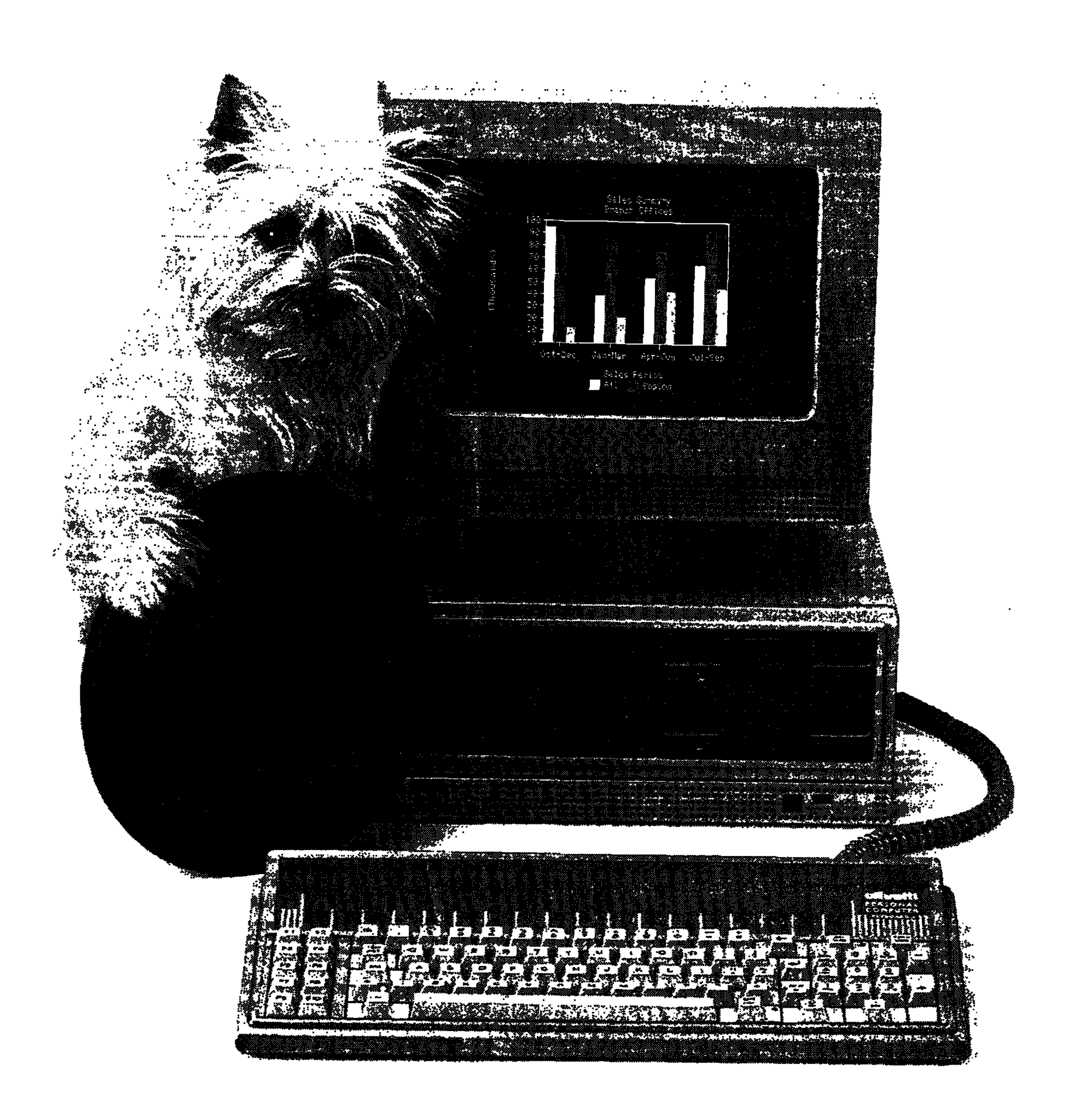
NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Sesamstraße
18.30 Aus der Klamottenkiste
Mit Ben Turpin
19.00 Die Renaissance der Passagen
Von Gerd Kairat

WEST/NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs im III.
Live aus Eupen
21.45 Das Geheimnis der Wünschelrute
Film von Joachim Dennhardt
22.30 Eine fatale Familie
Französischer Spielfilm (1953)
Regie: Jacques Becker
(Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
0.10 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 45 Fieber (6)
20.15 Wanderungen durch die DDR
Rund um Oberhof
21.00 Das gläserne Netz
Amerikanischer Thriller (1954)
Regie: Jack Arnold
22.20 Die Internationale (4)
Letzte Folge
Das Ende einer Epoche (1945–1956)
23.05 Nachrichten

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Es ist angerichtet (4)
19.30 Christians Wunderbrettl
20.00 Ein Herz und eine Seele
4. Eine schwere Erkrankung
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Giganten der Geschwindigkeit
22.45 Z. E. N.
22.50 Land hinter Mauern
Burma – ein trotziges Experiment
23.35 Rundschau

FREUNDLICH & KOMPATIBEL



DER NEUE PERSONAL COMPUTER VOM GRÖSSTEN EUROPÄISCHEN COMPUTER-HERSTELLER.

In dem neuen Olivetti Personal Computer M24 steckt die Erfahrung des größten europäischen Computer-Herstellers: all das Wissen, das Tag für Tag durch den Kontakt mit Unternehmen und Computerspezialisten in ganz Europa erworben wird – seit es Computer gibt. Und wenn wir Lösungen erarbeiten, berücksichtigen wir von vornherein Ihre Bedürfnisse, Ihre Arbeitsgewohnheiten und Ihre Vorstellungen.

Die Personal Computer von Olivetti sind selbstverständlich hardware- und softwarekompatibel zum internationalen Industriestandard. Aber sehr viel leistungsfähiger in der Verarbeitung von Text, Daten und Grafik. Und dabei so ausbaufähig, daß sie immer soviel Kapazität bereitstellen, wie Sie gerade brauchen. Die Olivetti Personal Computer wachsen Schritt für Schritt mit Ihrem Bedarf – bis zu einem lokalen Netz – wenn Sie es wünschen.

Die Personal Computer von Olivetti: Made in Europe.
Die Alternative.

Bitte schicken Sie diesen Coupon an:
Deutsche Olivetti GmbH, Postfach 2012,
Kaiser-Friedrich-Promenade 89, 6380 Bad Homburg 1
Name:
Firma:
Straße:
PLZ/Ort:
PC I/41-Welt

olivetti

Kabelprojekt: Millionen in Kasse der Post

● Fortsetzung von Seite 1

verringern. Da die Post nicht mit dem Einzelkunden abrechne, sondern mit ihrem Vertragspartner, übernehme dieser ein unternehmerisches Risiko. Bis Ende 1985 sei der Anschluß von einer Million Wohneinheiten technisch möglich. Würden die Haushalte zu einem Viertel den Kabelanschluß wollen, könnten im Betriebsversuch 250 000 Wohneinheiten an das Breitbandkabel angeschlossen werden. Einschließlich der Gebührengarantie ergebe sich für die Post ein Mehrerlös von rund 429 Millionen Mark.

Entscheidend für den Durchbruch der Verkabelung sei allerdings, so Schwarz-Schilling, die Vielfalt der neuen Fernsehprogramme. Über diese Akzeptanz äußerte sich der Minister zuversichtlich. Der Betriebsversuch sei deswegen nicht nur aus betriebswirtschaftlichen Gründen nötig. Die Gebühren dieses Versuchs unterstellt, könne die Post in fünf bis sieben Jahren die Rentabilitätsschwelle erreichen.

Bei den Außenverwaltungen der Post sei bereits „ein großes Interesse" für das Angebot zu erkennen. Aber auch wenn der Versuch die Erwartungen nicht erfülle, entstünden der Bundespost keine Verluste, weil sie auch keine Aufwendungen habe. Nach Jahresablauf könne mit Korrekturen an den Gebühren gerechnet werden, wie auch der Minister keine Gebührenkonstanz für die nächsten Jahre unterstellen wollte.

„Das Modell rechnet sich nicht nur für die Post, sondern auch für den Endverbraucher", meinte der Minister. Er wies den Vorwurf zurück, das größte deutsche Unternehmen verkabele nur die Ballungsräume und vernachlässige das flache Land. Tatsächlich wolle man das moderne Breitbandkabel jeweils in Kerngebiete führen, ungeachtet der regionalen Lage. Über das heftige Echo auf seine Verkabelungspläne zeigte sich der Minister überrascht. Er hoffe, daß das „Sonderangebot" die „bisher vorhandene Zurückhaltung" zum Kabelanschluß in größeren Wohnanlagen überwinden werde.

Bundeswehr-Hochschulen verstärken Forschung

Gesellschaftswissenschaften Schwerpunkt des Studiums

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Mit Beginn des ersten Trimesters im Jahr 1986 wird es für die Offiziere der Bundeswehr an den beiden Hochschulen ein neues Studienkonzept geben. Gekennzeichnet ist es durch den Wegfall bestimmter bisheriger Studiengänge und durch eine grundlegende Veränderung des bisherigen sogenannten „Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaftlichen Anleit-Studiums" (EGA). Das neue Konzept wurde gestern vor Journalisten in Bonn von den beiden Verteidigungsexperten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den Abgeordneten Klaus Francke und Willy Wimmer, erläutert.

Das Konzept, das in intensiven Gesprächen zwischen dem Verteidigungsminister und den beiden Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP abgestimmt wurde, sieht eine Auflösung des Studiengangs Wirtschafts- und Organisationswissenschaften (WOW) vor. An seine Stelle werden drei neue Studiengänge treten: Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft mit Schwerpunkt internationale Beziehungen sowie der Studiengang zum Wirtschaftsingenieur mit den Schwerpunkten Elektrotechnik und Informatik an der Hochschule in München sowie mit dem anderen Schwerpunkt Elektrotechnik und Maschinenbau in Hamburg. Darüber hinaus soll der Studiengang Pädagogik neu akzentuiert werden. Er wird durch das Nebenfach Geschichte verstärkt. Die gegenwärtige Zahl der Studienplätze in der Pädagogik soll von 1986 an auf 60 Prozent der gegenwärtigen reduziert werden, weil die Bundeswehr nicht zusätzlich zu einer schon jetzt vorhandenen Überzahl an Lehrern Offiziere mit der Qualifikation „Pädagogik" ausbilden will.

Gleichzeitig mit der Veränderung der Studiengänge wird das bisherige EGA-Studium, das den Offizieren für ihre Aufgabe als Truppenführer wichtige Kenntnisse und Fähigkeiten zur Erläuterung der politischen, gesellschaftlichen und technischen Bedingungen der heutigen Welt gegenüber den jungen Rekruten vermitteln soll, wesentlich neu strukturiert. Es bleibt dabei, daß jeder Offizier-Student künftig zusätzlich zu einem von ihm selbst gewählten Studiengang den zweiten unter dem neuen Begriff „Staatswissenschaftliche Grundlagen" belegen muß. Wie Francke und Wimmer erläuterten, soll er den Studenten die „Grundstrukturen des gesamtgesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik Deutschland" vermitteln.

Im einzelnen soll dieser Pflicht-Studiengang folgende Disziplinen enthalten: Allgemeine Staatslehre (Demokratietheorie, Ideengeschichte, Regierungslehre), Einführung in die Wirtschaftswissenschaften mit Einkommen, Beschäftigung, Wachstum, Verteilung, Einführung in die Rechtswissenschaft und in die Verwaltung mit ähnlich grundlegenden Teilbereichen, Einführung in die Soziologie (soziale Werte, Erziehung, Kultur), Geschichte mit dem Akzent auf neuerer sowie Zeit- und Wehrgeschichte sowie schließlich als vollständige Neuerung Einführung in die Technologie (Innovation, Technologietransfer, Folgen der Technik) und Internationale Beziehungen (politische, wirtschaftliche, rechtliche und militärische Zusammenhänge).

Nach Angaben der Abgeordneten soll es bei den beiden Hochschule Hamburg und München bleiben. Die Reform des Studiums wird nur „geringfügige finanzielle Folgen" haben. Die im Stellenplan vorhandenen Personalstellen sollen vollzählig besetzt werden. Damit werden vor allem mehr wissenschaftliche Mitarbeiter eingestellt werden, so daß die intensive Betreuung der Studenten in kleinen Gruppen und eine bessere Forschungsarbeit gewährleistet sein soll. Wegen der verstärkten Orientierung der Hochschulen auf die Forschung sollen beide Institutionen künftig „Universitäten der Bundeswehr" heißen. Beide Abgeordneten unterstützen die Erklärung von Minister Wörner, daß den Studenten das Uniformtragen empfohlen, aber nicht befohlen wird.

Kinderreiche klagen über mangelnde Unterstützung

Familienverband: Geißler soll sich stärker auf sein Ressort konzentrieren

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Bundesfamilienminister Heiner Geißler soll sein Amt als CDU-Generalsekretär abgeben und sich „voll auf seine drei Ministerien, nämlich das für Gesundheit, Jugend und Familie konzentrieren", forderte gestern in Bonn der Geschäftsführer des „Deutschen Familienverbandes" (DFV), Herbert Wolfram. Präsident dieser Organisation, die vor 60 Jahren hauptsächlich als Interessenvertretung der Kinderreichen gegründet wurde, ist der Berliner Senatsdirektor Albrecht Hasinger (CDU). Er hatte in den vergangenen Wochen bereits mehrfach auf die „erhebliche Unruhe über den Verlauf der Diskussion um die Entlastung der Familie im Zusammenhang mit der Steuerreform" hingewiesen.

Familien mit Kindern, so Hasinger, hätten in der Bundesrepublik schon seit Jahren keine Verbesserung ihrer staatlichen Leistungen mehr erfahren. Im Gegenteil hätten sich fast alle Sparbeschlüsse der Bundesregierung zur Haushaltssanierung auf die Familien direkt oder indirekt nachteilig ausgewirkt. Eine „gefährliche Resignation" wäre die Folge, wenn dieser Zustand anhält.

Zentraler Punkt der Kritik des „Deutschen Familienverbandes" an der Familienpolitik von 1984 ist neben dem „viel zu geringen Kindergeld schon beim ersten Kind" der geringe Steuerfreibetrag von monatlich 36 Mark. Dazu Präsident Hasinger: „Dem geringen Kindergeld und dem geradezu lächerlichen Steuerfreibetrag stehen Kosten gegenüber, die sich pro Kind auf mindestens 350 Mark belaufen. Die Förderung der Familien mit Kindern in der Bundesrepublik muß den Vergleich mit anderen ärmeren westeuropäischen Staaten scheuen, so niedrig ist sie."

Alle kinderbezogenen Leistungen und Vergünstigungen hätten schon 1977 nur 2,14 Prozent des Bruttosozialprodukts ausgemacht. 1983 seien sie aber auf 1,93 Prozent gesunken, eine Tendenz, die sich heute noch fortsetze. Damit, so Hasinger, nähere sich die Förderung der Familie einem „verfassungswidrigen Zustand", denn in Artikel sechs des Grundgesetzes würde den Familien der „besondere Schutz der staatlichen Ordnung" zugesichert. Allein die Zahl der Ehescheidungen und die Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland zum geburtenärmsten Land der Welt geworden sei, seien schon wichtige Anzeichen dafür, daß dieser „besondere Schutz" nicht vorhanden sei oder „nicht ausreichend funktioniert".

Familienverbands-Geschäftsführer Herbert Wolfram betonte, daß seine Organisation „nur in der Tendenz" mit der gegenwärtigen Familienpolitik einverstanden sei. So erkenne der Verband an, daß die Forderung nach Weiterzahlung von Kindergeld für arbeitslose Jugendliche erfüllt worden sei.

Da Bundeskanzler Helmut Kohl anläßlich seiner Rede beim Bundesverbandstag des DFV in Kiel im April 1984 keine Zusagen in dieser Richtung machte, beruft sich Wolfram auf eine Bekundung des Kanzlers vor der jüngsten Bundestagswahl: Als Kanzler würde er sich die Direktiven für zwei Gebiete vorbehalten: innere wie äußere Sicherheit und Familienpolitik.

„Die Spionageabwehr hat gelitten"

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Herbert Hellenbroich, sieht die Arbeit der Nachrichtendienste in der Bundesrepublik Deutschland durch die vor drei Jahren eingeführten Restriktionen bei der Amtshilfe durch den Bundesgrenzschutz in Teilbereichen beeinträchtigt. Während eines Hearings, zu dem die SPD-Bundestagsfraktion eingeladen hatte, betonte Hellenbroich allerdings ebenso wie der Präsident des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Christian Lochte, daß sich seit Inkrafttreten der Dienstanweisung 1981 „Kassandra-Rufe" und Urteile wie „Sicherheitsrisiko Baum" nicht bewahrheitet hätten.

Die Neuregelung sei im wesentlichen dem Verfassungsschutz „entgegengekommen". Aber beispielsweise im Bereich der Spionageabwehr könne er „beweisen", daß die Arbeit gelitten habe: Von den „Delegationsreisen" westdeutscher Kommunisten in ihre „Patenbezirke in der DDR" könnten die Dienste nur noch 40 Prozent erfassen. Und das „Meldeaufkommen" von den Grenzen über Ostberliner Spione sei seit 1981 „gleich Null". Seit damals dürften die inzwischen „verängstigten" Grenzschutzbeamten nur noch Meldungen auf „konkretisierte" Anfragen geben. Hellenbroich: „Wir können den Beamten doch nicht vorab schon ein Bild des Agenten liefern." Sein Hamburger Kollege Lochte stellte dies allerdings als „vermuteten Mangel" dar: Nach seiner Auffassung werde es weiterhin ein „cleverer Grenzschutzbeamter nicht unterlassen, dem Verfassungsschutz einen Tip über einen erkannten Kurier des MfS zu geben".

Zu den befragten Experten gehörten neben den beiden Verfassungsschützern der BKA-Präsident Heinrich Boge, die Datenschutzbeauftragten Reinhold Baumann (Bund), Alfred Büllesbach (Bremen) und Klaus-Henning Schapper (Hamburg), der Bonner Jura-Ordinarius Eberhard Schlink, ein Abteilungsleiter aus dem Bundesinnenministerium sowie ein Vertreter der Gewerkschaft der Polizei. Zwar erlagen die Datenschützer gelegentlich der Gefahr der Horrorgemälde, aber in einem waren sich die Anwesenden einig: Die Amtshilfe des BGS bedarf einer gesetzlichen Grundlage.

Nobelpreisträger geht an private Hochschule

p. p. Bonn

Der neuen privaten Hochschule für Unternehmensführung in Koblenz ist es gelungen, nach der staatlichen Anerkennung einen ersten herausragenden Wissenschaftlernamen an sich zu binden: Nobelpreisträger Friedrich A. von Hayek hat sich bereit erklärt, Ehrenrektor der Hochschule zu werden. Hayek hat dies damit begründet, daß er in der Koblenzer Konzeption seine eigenen Vorstellungen verwirklicht sehe und davon überzeugt sei, daß er durch seine vielfältigen internationalen Verbindungen beim Aufbau der Hochschule tatkräftige Hilfe leisten könne. Der Wirtschaftswissenschaftler hatte 1974 den Nobelpreis für seine Arbeiten auf dem Gebiet der Geld- und Konjunkturtheorie erhalten.

Noch im Laufe der nächsten Wochen sollen die Verträge mit den ersten beiden Lehrstuhlinhabern in Koblenz sowie deren wissenschaftlichem Personal unterzeichnet werden. Auch die Verhandlungen mit den vorgesehenen Kuratoriums-Mitgliedern der Hochschule sind inzwischen in die entscheidende Phase eingetreten.

Wieder Kindergeld an junge Arbeitslose

dpa, Bonn

Für Jugendliche zwischen 18 und 21 Jahren, die weder Ausbildungs- noch Arbeitsplatz haben, soll ab Anfang nächsten Jahres wieder Kindergeld gezahlt werden. Die Bundesregierung verabschiedete gestern eine entsprechende Kindergeldnovelle, die nach Angaben des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit rund 80 000 jungen Menschen zugute kommen soll.

Der Bundesetat würde nach Angaben des Ministeriums durch die vorgesehene neue Regelung mit etwa 100 Millionen Mark jährlich belastet. Für junge Männer, die Grundwehr- oder Zivildienst geleistet haben, soll die Altersgrenze von 21 Jahren um die Zeit des geleisteten Dienstes erhöht werden.

Für junge Arbeitslose war seit dem 1. Januar 1982 kein Kindergeld mehr gezahlt worden. Dies bedeutete nach Ansicht des Ministeriums eine Schlechterstellung gegenüber gleichaltrigen Studenten oder Auszubildenden.

„Bahr verläßt Boden der Loyalität zur Allianz"

Mertes warnt vor illusionärer Diskussion des Gewaltverzichts

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der Streit der Worte zwischen führenden Regierungsmitgliedern in Bonn und dem SPD-Politiker Egon Bahr über den politischen Sinn, zwischen den Staaten im Westen und Osten neuerlich einen förmlichen Gewaltverzicht zu vereinbaren, nimmt immer schärfere Formen an. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), warf Bahr vor, mit seiner „wohlklingenden Formulierung" kürzlich in einem Interview, in dem Bahr den völkerrechtlich verbindlichen Gewaltverzicht als „den Schlüssel zwischen Ost und West" bezeichnet hatte, verlasse er „in Wirklichkeit den Boden der Loyalität zur Allianz". Bahr, so Mertes weiter, werbe „wieder einmal für eine illusionäre Sicherheit" und schade den „Bemühungen der Bundesregierung um eine Verstärkung der realen Sicherheit".

Dieser politische Angriff von Mertes auf den SPD-Politiker wird im Vorfeld der Wiederaufnahme der Verhandlungen der Stockholmer KVAE, der Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa, als schwerwiegend gewertet. Denn bei dieser zum Jahresanfang gestarteten Konferenz zeichnet sich am Ende der Sommerpause ein Verhandlungsthema von Bedeutung ab. Das ist die Frage des Gewaltverzichts.

Mertes betonte, es gehe beim Gewaltverzicht nicht um weitere „verbale Verpflichtungen", sondern um „konkrete Absprachen im militärischen Bereich". Er erinnerte an den Auftrag für die KVAE, der von der KSZE-Nachfolgekonferenz im Herbst 1983 in Madrid formuliert worden war, nämlich dem bestehenden Gewaltverzicht sei „Wirkung und Ausdruck" zu verleihen. Wenn das bei der KVAE in Stockholm geschehe, könne es dann auch „zu einer erneuten Bekräftigung des ohnehin geltenden Gewaltverbots" kommen.

Mertes verwies auf die frühere Rolle Bahrs als „Architekt des Moskauer Vertrages von 1970". Die darin getroffene Konkretisierung des bereits geltenden Gewaltverzichts habe Bahr selbst seinerzeit als „Kernstück dieses Vertrages" hervorgehoben. In dessen Artikel zwei heißt es unter anderem, die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion würden „ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und die Verpflichtung übernehmen, „sich in Fragen, die die Sicherheit in Europa und die internationale Sicherheit berühren, ... der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt enthalten". Schon die Bundesregierung Schmidt/Genscher hat nach den Worten von Mertes nach der Gewaltaktion der Sowjetunion gegen Afghanistan und der Gewaltandrohung gegen Polen gefragt, wer sich an den Gewaltverzicht halte und wer nicht.

Auslieferung auch nach Verjährung

rtr, Karlsruhe

Gerichte in der Bundesrepublik dürfen Ausländer, die in ihrem Heimatland straffällig geworden sind, in Ausnahmefällen auch nach Ablauf der Verjährungsfrist ausliefern. Nach einer Grundsatzentscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) besteht diese Möglichkeit dann, wenn die Strafverfolgungsbehörden des ersuchenden Staates „Handlungen vorgenommen haben, die ihrer Art nach geeignet wären, die Verjährung nach deutschen Rechtsvorschriften zu unterbrechen".

Auf Vorlage des Oberlandesgerichts Zweibrücken hatte sich der vierte BGH-Strafsenat mit dem Fall eines Türken zu befassen, dem die Strafjustiz seines Landes vorwirft, er habe im Oktober 1976 versucht, 200 Kilogramm Haschisch in die Bundesrepublik zu schmuggeln. Nach deutschen Rechtsvorschriften wäre die Tat jedoch bereits verjährt. In ihrer Entscheidung berufen sich die Richter auf das europäische Auslieferungsabkommen. Es schließt die Auslieferung für den Fall aus, daß die Tat nach den Vorschriften des Landes, an das das Ersuchen gerichtet ist, verjährt ist. Ausnahmen sind aber zulässig, wenn, wie im Fall der Türkei, Maßnahmen ergriffen wurden, die die Verjährung auch nach deutschem Recht unterbrochen hätten. (AZ: 4 AR s 8/84)

Iranischer Airbus nach Irak entführt

dpa, Bagdad

Zum zweitenmal innerhalb von drei Wochen ist gestern ein iranisches Verkehrsflugzeug entführt worden. Teheran beschuldigte Irak, das Flugzeug durch irakische Kampfflugzeuge im Zusammenspiel mit an Bord befindlichen Entführern gekapert zu haben. An Bord der Maschine befinden sich nach iranischen Angaben 206 Menschen. Der „Airbus" landete auf einem Militärflughafen 400 Kilometer südlich der irakischen Hauptstadt Bagdad. Die Entführer haben die Passagiere der Maschine freigelassen. Sie werden mit einem irakischen Flugzeug nach Bagdad geflogen. Dort können sie entweder bleiben oder ihre Reise zu jedem gewünschten Ziel fortsetzen. Die Entführer hatten den „Airbus" auf dem Flug von Dubai über Schiras nach Teheran in ihre Gewalt gebracht. Nach iranischen Angaben wollten die Entführer zum Auftanken in Kuwait landen, erhielten aber keine Landeerlaubnis. Danach hätten sie die Maschine mit Hilfe der irakischen Jäger nach Bagdad dirigiert. Über die Ziele der Luftpiraten wurde zunächst nichts bekannt.

Tschernenko im Rollstuhl?

AFP, Washington

Der sowjetische Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko ist amerikanischen Fernsehberichten zufolge Ende vergangener Woche aus dem Urlaub auf der Krim nach Moskau zurückgekehrt. Seitdem soll er sich in ärztlicher Behandlung befinden und an den Rollstuhl gefesselt sein, meldete die amerikanische Fernsehgesellschaft ABC.

Nach Mitteilung der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur Tass hatte Tschernenko seinen Urlaub am 15. Juli angetreten. Seitdem wurde er nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen. Tschernenko verzichtete darauf, wie seine Vorgänger Breschnew und Andropow, in den Urlaubswochen ausländische Staatschefs auf der Krim zu empfangen. Ein Moskaukorrespondent von ABC erinnerte auch daran, daß Tschernenko bei der Eröffnung der Moskauer Freundschaftsspiele gefehlt hatte. Diese Beobachtungen hatten zu Spekulationen über seinen Gesundheitszustand und seine Machtposition geführt. Es hieß, daß er in eine Moskauer Klinik eingeliefert worden sei.

Affäre Androsch bald vor Gericht?

DW. Wien

Gegen den ehemaligen österreichischen Finanzminister Hannes Androsch ist eine gerichtliche Voruntersuchung wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung eingeleitet worden. Androsch, zur Zeit Generaldirektor der größten Bank Österreichs, der „Creditanstalt-Bankverein", steht seit Monaten im Kreuzfeuer der Kritik. Er wurde bereits mehrfach öffentlich beschuldigt, seine Villa in Wien (1,43 Millionen Mark) mit Schwarzgeldern finanziert zu haben. Der Antrag der Staatsanwaltschaft, dem gestern stattgegeben wurde, basiert auf Material, das Androschs Nachfolger im Finanzministerium, Herbert Salcher, von einem anonymen Zeugen erhalten haben will und der Staatsanwaltschaft zur Prüfung übergeben hat.

Bereits kurz zuvor fand eine Untersuchung der Vorwürfe gegen Androsch durch ein Finanzamt statt, die jedoch ergebnislos geblieben war. Androsch wies die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück und stellte sie als Komplott seiner politischen Gegner, insbesondere seines Nachfolgers und des Generalsekretärs der oppositionellen ÖVP, Graff, dar.